

Topthema: Über Gebühr studieren

Neue Ressourcen für die Hochschulen?



- Startseite
- Editorial
- Topthema
- Bildthema
- Forschung
- Studium & Lehre
- Unikultur
- Portrait
- Unigeschichte
- Unibund



Bildthema



Unikultur



Forschung



Portrait



Studium und Lehre



Unigeschichte

Eine merkwürdige Lähmung

Ob für gut oder schlecht befunden, Studiengebühren werden kommen. Das Bundesverfassungsgericht hat ihnen mit seinem Urteil vom Januar den Weg bereitet. Doch inzwischen ist das Thema zumindest vorläufig von der politischen Tagesordnung verschwunden, eine merkwürdige Lähmung hat sich breitgemacht.

Offenbar hält sich der Eifer der Politiker, die Gebührenpläne zu verwirklichen, vor den anstehenden Landtagswahlen stark in Grenzen. Zur Erklärung wird unter anderem auf die komplexe Prüfung gebührenrechtlicher Vorschriften hingewiesen. Auch darauf, dass man für studentische Kredite mit Banken kooperieren muss, war die Politik anscheinend nicht vorbereitet. Vor 2007 ist in Baden-Württemberg daher wohl nicht mit Studiengebühren zu rechnen.

Möglicherweise trägt das jetzt bekannt gewordene Gutachten des Tübinger Staatsrechtlers Ferdinand Kirchhof dazu bei, die Debatte wieder anzuzünden. Er meint, die Finanzminister dürften sehr wohl auf Studiengebühren zugreifen und begründet dies mit dem verfassungsrechtlichen Budgetrecht des Staates. Damit bestätigt er noch den vielfach gehegten Verdacht, die Gebühren sollten nicht der universitären Lehre zugute kommen, sondern sie seien ohnehin bereits zum Stopfen von Haushaltslöchern verplant.

Und die Studierenden? Würden sie sich dann wehren? Im Augenblick halten sie noch still, massiver Protest gegen die Gebührenpläne blieb aus. In gewissem Maß scheinen sie bereit zu sein, Studiengebühren hinzunehmen. Die meisten derer, die heute eingeschrieben sind, müssten ohnehin nicht mehr bezahlen – wenn die Politiker nicht doch noch mehr Tempo machen. Künftige Abiturienten werden mit ihrer Entscheidung, zu studieren oder nicht, über die Akzeptanz von Studiengebühren abstimmen.

Wir haben für Sie verschiedene Meinungen und Stimmen zum Thema »Studiengebühren« gesammelt und wünschen viel Spaß beim Lesen. Viel Spaß beim Lesen wünscht

DIE REDAKTION

- [Startseite](#)
- [Editorial](#)
- [Topthema](#)
- [Bildthema](#)
- [Forschung](#)
- [Studium & Lehre](#)
- [Unikultur](#)
- [Portrait](#)
- [Unigeschichte](#)
- [Unibund](#)

Thema: Über Gebühr studieren



Sozial gerecht und sozial verträglich

Minister Frankenberg über Studiengebühren als Paradigmenwechsel

[weiter](#)



»Sozialverträgliche« Studiengebühren?

Die Frage nach der Chancengleichheit stellt sich neu

[weiter](#)



Auf die Details kommt's an

Jetzt muss die Politik schlüssige Modelle formulieren

[weiter](#)



Notwendiges Übel oder üble Abschreckung?

Studierende sagen ihre Meinung zum Thema Studiengebühren

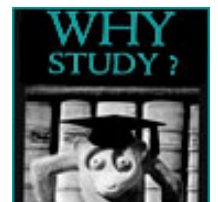
[weiter](#)



»Sind wir wirklich bereit?«

Die Einführung von Studiengebühren als »Klimawechsel« – Ein Kommentar

[weiter](#)



Der Tübinger 20-Millionen-Euro-Traum

Zusätzliches Geld zur Verbesserung der Studienbedingungen

[weiter](#)



Jeder finanziert auf seine Art

Studiengebühren im Ländervergleich

[weiter](#)



Karrieresprungbrett für lästige Kostgänger?

Die akademische Ausbildung bleibt Gemeinschaftsaufgabe

[weiter](#)



Sozial gerecht und sozial verträglich

Von Peter Frankenberg

Studiengebühren als »wichtiger Paradigmenwechsel«: Sie können die Qualität von Studium und Lehre steigern, die Finanzierung der Hochschulen verbessern und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Wissenschaftsminister Peter Frankenberg nimmt Stellung zur Frage, wozu die Gebühren nötig sind und wer davon profitiert.



Angehende Studierende brauchen in Zukunft nicht nur einen Studienplatz an der Uni, sondern auch ein Darlehen von der Bank.

Foto: Bühler

Am 26. Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass der Bund mit dem Verbot allgemeiner Studiengebühren – verankert im Hochschulrahmengesetz (HRG) –, wie schon bei der Juniorprofessur, seine Gesetzgebungskompetenzen überschritten hat. Die Länder können nun selbst darüber entscheiden, ob das Studium an den Hochschulen kostenlos bleiben soll und kann. Die Verfassungsrichter haben in ihrem Urteil die Verantwortung der Länder betont, die Bildungschancen aller zu wahren und auf die Sozialverträglichkeit der Gebühren zu achten. Sie haben auch die Erwartung geäußert, dass das Aufkommen aus den Studiengebühren den Hochschulen verbleibt und diese dadurch an Attraktivität gewinnen.

Es gibt viele gute Gründe, die dafür sprechen, dass die Studierenden einen finanziellen Beitrag für ihr Studium leisten. Vor allem: Mit den zusätzlichen Einnahmen aus Studiengebühren werden die Hochschulen die Studienbedingungen verbessern, unter anderem durch mehr Tutorien und Lehrkräfte, etwa »Lecturers«. Die Studierenden werden davon durch ein besseres Studium profitieren. Und die Höhe der Gebühren wird sozial verträglich sein. Dazu später mehr.

Warum Studiengebühren? Deren Notwendigkeit ergibt sich aus den im internationalen Vergleich geringen Bildungsausgaben in Deutschland. Die Gesamtausgaben für den Tertiärbereich liegen nach der aktuellen OECD-Studie »Bildung auf einen Blick« in Deutschland bei 10 504 Dollar pro Jahr und Studierendem. Die Amerikaner geben – trotz sehr viel höherer Studierendenzahlen – pro Studierendem im Tertiärbereich mehr als doppelt so viel Geld aus wie die Deutschen (USA: 22 234 Dollar). Dies liegt vor allem daran, dass in Deutschland die privaten Ausgaben für Bildung sehr niedrig sind. In den USA beträgt der Anteil der privaten Ausgaben im tertiären

Bildungsbereich am Bruttoinlandsprodukt 1,8 Prozent, in Deutschland liegt er dagegen nur bei 0,1 Prozent.

Die Länder wenden derzeit bundesweit im Jahr rund 19 Milliarden Euro für ihre Hochschulen auf. Baden-Württemberg investiert jedes Jahr circa zwei Milliarden Euro in den Hochschulbereich. Trotz dieser enormen Anstrengungen reichen die staatlichen Mittel für die Hochschulfinanzierung allein nicht aus. Mit Blick auf die äußerst knappen öffentlichen Haushalte benötigen die Hochschulen in Zukunft vermehrt zusätzliche Einnahmen, unter anderem aus Studiengebühren. Drittmittel müssen für die Lehre ebenso selbstverständlich werden, wie sie für die Forschung geworden sind.

Studenten als Kunden

Der mit Studiengebühren verbundene höhere Stellenwert der Lehre ist ein weiterer Grund, warum ein finanzieller Beitrag der Studierenden sinnvoll ist. Wer Gebühren bezahlt, wird als zahlender »Kunde« die entsprechenden Leistungen in der Lehre einfordern können und von den Hochschullehrern wichtiger genommen. Indem der Wert der Hochschulausbildung wieder mehr ins Bewusstsein der Studierenden und Lehrenden rückt, tragen Studiengebühren somit zu einer Qualitätssteigerung von Studium und Lehre bei. Gleichzeitig führen sie zu einem effizienteren Studierverhalten, so dass mit einer weiteren Verringerung der Studienzeiten zu rechnen ist.

Auch unter sozialem Aspekt sind Studiengebühren richtig. Andernfalls wird das gebührenfreie Studium einer Minderheit, wie heute der Fall, hauptsächlich vom weit überwiegenden Bevölkerungsanteil von Nichtakademikern über die Steuern finanziert. Studiengebühren sind daher auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Aber widersprechen Studiengebühren nicht dem Ziel, die Bildungsbeteiligung bildungsferner Schichten zu erhöhen? In Deutschland nehmen leider nur etwa 16 Prozent der Kinder von Eltern, die über keinen Abschluss im Sekundarbereich II verfügen, und nur circa 23 Prozent der Kinder von Eltern, die einen Abschluss des Sekundarbereichs II haben, ein Studium auf. In Australien und Kanada liegt die Bildungsbeteiligung der Kinder aus solchen Familien höher: in Australien bei 20 beziehungsweise 26 Prozent, in Kanada bei 24 und 42 Prozent – obwohl dort allgemeine Studiengebühren bezahlt werden müssen. Dies zeigt, dass die Bildungsbeteiligung bildungsferner Schichten bei sozial verträglich ausgestalteten Studiengebühren steigen kann.

Wie sieht ein sozial verträgliches Studiengebühren-Modell aus? Dieses muss sich von der Maxime leiten lassen, dass niemand durch die Studiengebühren davon abgehalten werden darf, ein Studium aufzunehmen. Deshalb können Studiengebühren immer nur eine anteilige Mitfinanzierung der Kosten eines Studiums sein. Ein Richtwert dafür könnte bei 500 Euro pro Semester liegen. Gebühren in einer Höhe von bis zu 28 000 Euro im Jahr, wie sie von privaten Hochschulen in den USA verlangt werden, soll auch zukünftig in Deutschland niemand bezahlen müssen.

Elternunabhängiges Darlehen

Die Studierenden sollen, wenn Gebühren erhoben werden, die Möglichkeit haben, elternunabhängig ein Darlehen zur Finanzierung der Studiengebühr aufzunehmen und dieses nach Eintritt ins Berufsleben zurückzuzahlen. Vorgesehen ist insbesondere, dass die Rückzahlung des Darlehens erst dann beginnt, wenn ein zu bestimmendes Mindesteinkommen erzielt wird. Es ist Aufgabe der Länder zu gewährleisten, dass auf dem Markt entsprechende Darlehensangebote für Studierende vorhanden sind.

Es muss außerdem gewährleistet sein, dass die Studierenden ihr Berufsleben nicht mit einem unüberwindlichen Schuldenberg beginnen. Die Verschuldung aus Studiengebühren und BAföG soll daher zusammen eine noch zu bestimmende Obergrenze, die bei ungefähr 15 000 Euro liegen könnte, nicht übersteigen. Darüber hinaus ist es Sache der Länder festzulegen, welche weiteren Gebührenerleichterungen geboten sind. In Betracht kommen etwa soziale Ausnahmetatbestände für bestimmte Personengruppen, zum Beispiel Studierende mit Behinderungen oder Studierende aus einer kinderreichen Familie.



Beim Bart des Universitätsgründers: ein gerüsteter Minister!

Karikatur: Buchegger

Unabhängig von diesen Möglichkeiten, Studiengebühren sozial abzufedern, meine ich, dass wir auch mehr Förderung der Studierenden durch Unternehmen, Stiftungen und Privatpersonen brauchen. Die Hochschulen müssen sich um die private Förderung ihrer Studierenden aktiver und professioneller als bisher bemühen. Dies gilt insbesondere für die Förderung von Hochbegabten.

Eine andere Frage ist, ob sich Studiengebühren für Hochschulen und Studierende lohnen. Auf der Basis dieses Gebührenmodells und rund 240 000 Studierenden in Baden-Württemberg ist ein Brutto-Gebührenaufkommen von 240 Millionen Euro im Jahr erreichbar. Davon sind Rücklagen zur Absicherung von Ausfällen, sozialen Fördermaßnahmen und Verwaltungskosten abzuziehen, insgesamt wohl ungefähr ein Drittel der Bruttoeinnahmen. Die Einnahmen von dann 160 Millionen Euro jährlich sollen den Hochschulen zweckgebunden zur Verbesserung der Qualität der Lehre zugute kommen. Im Rahmen der Langzeitstudiengebühr, die seit 1998 erhoben wird, ist die zweckgebundene Verwendung der Einnahmen gesetzlich abgesichert. Auf diesem Weg können wir derzeit jährlich ungefähr 8,5 Millionen Euro Langzeitstudiengebühren an die Hochschulen weiterleiten, die das Geld beispielsweise für zusätzliche Tutorien und eine bessere Ausstattung der Bibliotheken und Laborräume einsetzen können.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Hochschulen die Einnahmen aus den allgemeinen Studiengebühren verstärkt dazu verwenden, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für Tutoren oder studentische Hilfskräfte zu schaffen. Damit können die Studierenden stärker in Lehre und Forschung eingebunden werden und sie erhalten so durch ihre Studiengebühren viel bessere Möglichkeiten, an ihrer Hochschule Geld zu verdienen. Das wäre eine Art Stipendiensystem, wie es zum Beispiel in den USA gang und gäbe ist.

Studiengebühren können nur zusätzliche Einnahmen der Hochschulen sein. Deshalb muss durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass die heutige staatliche Finanzierung im Hinblick auf die Einnahmen aus den Studiengebühren nicht abgesenkt wird. Die Sicherung der staatlichen Basisfinanzierung ist eine vordringliche Aufgabe. Dies kann zum Beispiel durch mehrjährige Hochschulverträge mit dem Land gewährleistet werden.

Summa summarum sind Studiengebühren daher eine lohnende Investition nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für unsere Studierenden. Sie wären außerdem ein außerordentlich

wichtiger Paradigmenwechsel in Bezug auf Bildung, staatliche Leistungen und soziale Gerechtigkeit. Ich bin bereit, diesen Paradigmenwechsel für Baden-Württemberg anzustoßen und zu vollziehen. In diesem Sinne: »Attempo!«.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg

informiert zum Thema Studiengebühren auf seiner Webseite.

Unter dem Menüpunkt »Studiengebühren« finden sich alle Pressemitteilungen des Ministeriums zum Thema, das Eckpunktepapier der CDU-Wissenschaftsminister, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes samt Begründung sowie »FAQs« zum Thema Studiengebühren.

»Sozialverträgliche« Studiengebühren?

Von Hans-Dieter Rinkens

Gefährdet die Einführung von Studiengebühren die Chancengleichheit beim Hochschulzugang? Wenn überhaupt, ist die viel beschworene »Sozialverträglichkeit« der Gebührenmodelle nur erreichbar, wenn die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden wirklich berücksichtigt wird.



Demonstration gegen Studiengebühren vor der Neuen Aula: Viele Studierende sprechen sich gegen die zusätzlichen Belastungen aus. Wie viele bei der Erhebung von Gebühren mit einem Studium gar nicht erst anfangen, bleibt abzuwarten.

Foto: Metz

Nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende Januar den Bundesländern freigestellt hatte, Studiengebühren einzuführen, geschah etwas Überraschendes: nichts. Statt, was vorher vollmundig angekündigt wurde, sie schon zum Wintersemester 2005/2006 in die Tat umzusetzen, haben sich die Länderministerien, die Studiengebühren befürworten, offenbar in Klausur zurückgezogen. Frühestens 2006, vielleicht erst 2007, so heißt es nun, sollen die Studierenden bezahlen müssen. Zurzeit sind wenig mehr als »Eckpunkte« oder Absichtserklärungen bekannt.

Der Grund für diese auffällige Zurückhaltung dürfte sein, dass das Bundesverfassungsgericht den Ländern einen klaren sozialpolitischen Auftrag gab: Die »Wahrung gleicher Bildungschancen« müsse sichergestellt werden, trugen die Karlsruher Richter den Ländern auf, und den »Belangen einkommensschwacher Bevölkerungskreise« müsse angemessen Rechnung getragen werden (Randziffer 72 des Urteils). Auch dürfe die studentische Mobilität nicht eingeschränkt werden. Mit anderen Worten: Es gilt das Verursacherprinzip. Wer Studiengebühren erheben will, muss ihre Sozialverträglichkeit auch selbst absichern.

An der Chancengleichheit messen

Chancengleichheit beim Hochschulzugang – daran werden alle Modelle für Studiengebühren zu messen sein. Studiengebühren dürfen niemanden, der die nötige Begabung mitbringt, vom Studieren abhalten. Die spannende Frage ist: Wie soll das in der Praxis aussehen? Sind 500 Euro im Semester sozialverträglich, 1000 schon nicht mehr? Sollen alle Studierenden gleichviel bezahlen oder muss nach Bedürftigkeit differenziert werden? Welche Folgen hätte es für die Freiheit der Berufswahl und für die studentische Mobilität, wenn die Hochschulen selbst über die

Gebührenhöhe entscheiden können und ein Studiengang mal mehrere Tausend Euro kostet, mal kostenfrei ist?

Auf solche Fragen Antworten zu liefern, ist nun Aufgabe der hochschulpolitisch Verantwortlichen in den Ländern. Sie tun gut daran, die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden zur Kenntnis zu nehmen. Sie ist abgebildet in der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, einer seit den 1950er-Jahren in regelmäßigen Abständen durchgeführten empirischen Langzeitstudie zu den Lebensverhältnissen der Studierenden in Deutschland. Sie liefert eine verlässliche und belastbare Datengrundlage für die Frage, wie Studiengebühren, wenn man sie denn will, sozial abzusichern sind.

Den Studierenden stehen im Monat durchschnittlich 767 Euro zur Verfügung. Das ist allerdings ein Mittelwert, mehr als ein Viertel hat weniger als 600 Euro, etwas weniger als ein Viertel dagegen mehr als 890 Euro monatliche Einnahmen. Studiengebühren in der oft als Richtwert zitierten Höhe von 500 Euro im Semester würden mit 83 Euro im Monat zu Buche schlagen. Für jene Studierenden, die mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen müssten, wäre das eine ungleich höhere Belastung als für jene, die über mehr Geld verfügen. Schlussfolgerung: Erstens müssen alle BAföG-Empfänger von Studiengebühren freigestellt werden – der BAföG-Höchstsatz liegt ja bei 585 Euro monatlich. Zweitens dürfen Gebühren über diese generelle Freistellung hinaus nur gestuft nach der Leistungskraft, das heißt den tatsächlichen studentischen Einnahmen erhoben werden.

Nur so kann vielleicht verhindert werden, dass Studiengebühren auf viele Studierwillige abschreckend wirken, insbesondere auf junge Menschen aus einkommensschwachen Familien. Deren Anteil an den aktuell Studierenden beträgt gerade einmal 10 Prozent, hingegen schaffen vier Fünftel der Kinder aus einkommensstarken, bildungsnahen Haushalten den Sprung an die Hochschule. Es ist keineswegs unrealistisch zu behaupten, Studiengebühren könnten diese soziale Selektion weiter verschärfen. Denn: Studiengebühren verteuern erstens das Studium und schaffen eine zusätzliche Hürde. 500 Euro im Semester sind zwar in der Diskussion, aber die Entwicklung in Ländern mit Studiengebühren zeigt, dass sie trotz gegenteiliger Beteuerung bei der Einführung in kürzester Zeit hochschnellen können.

Verschenkte Ressourcen

Die Bildungsrenditen für Akademiker sind zweitens in Deutschland bei weitem nicht so hoch wie in den USA, Großbritannien oder Australien. Und drittens jobbt schon jetzt weit über ein Drittel der Studierenden nebenbei, um sich das Studium überhaupt finanzieren zu können – für Studiengebühren müsste dieses Drittel noch länger arbeiten, was wiederum das Studium verlängert. Viele werden sich die Frage stellen: Lohnt sich das für mich überhaupt?

Dass Deutschland mehr Hochqualifizierte braucht, dass es im Interesse seiner Innovations- und Wirtschaftskraft dringend alle Bildungsreserven mobilisieren muss, ist längst Konsens. Eine zusätzliche Verteuerung des Studiums durch Studiengebühren konterkariert dieses gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziel, eben weil sie kaum dazu geeignet ist, junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten oder auch aus dem Mittelstand für ein Studium zu motivieren. Intellektuelle Ressourcen werden verschenkt.

Vorbehalte sind gegenüber den Modellen der Studienfinanzierung angebracht, die derzeit mit dem beschwichtigenden, aber irreführenden Etikett »sozialverträglich« angeboten werden. Seien es die so genannten »nachlaufenden Studiengebühren«, die erst nach Studienabschluss und einkommensabhängig zurückgezahlt werden müssten, seien es Studienkredite. Denn zu viele Fragen bleiben offen: Wie hoch verschulden sich die Studierenden, besonders wenn die Gebühren doch in kurzer Zeit in die Höhe schnellen? Wer übernimmt die Vorfinanzierung dieser Gebühren, wer die sicher nicht geringen Ausfälle?

Drohende Schuldenfalle

Der Teufel steckt bekanntlich im Detail, auch beim Thema Studienkredite. Hier ist öffentlich stets von etwa 15 000, allerhöchstens 30 000 Euro Schulden die Rede. Zum Vergleich: Beim BAföG ist die Maximalschuld nach Abschluss des Studiums auf 10 000 Euro gedeckelt, ein wichtiger Aspekt für die Akzeptanz dieses Förderungssystems. Es gibt Modelle, bei denen Studierende am Ende mit 60 000 oder noch mehr Euro Schulden dastehen würden – ausgerechnet in der Phase ihrer Existenz- und Familiengründung. Als zusätzliches, ergänzendes Angebot sind Studienkredite nicht grundsätzlich schlecht, aber man muss sehr genau nachrechnen, auf welche Belastungen die Studierenden nach ihrem Abschluss zusteuern. Sie dürfen nicht in eine Schuldenfalle geraten.

Gerne ist schließlich auch von Stipendien die Rede, mit denen Studiengebühren sozial abgefedert werden könnten. Zur Erinnerung: Von einem ausgebauten Stipendiensystem sind wir in Deutschland meilenweit entfernt. Gerade einmal 2 Prozent der Studierenden finanzieren sich unter anderem mit Stipendien. Und schon die heutigen Stipendienggeber sind nicht bereit, die Stipendien um die Studiengebühren zu erhöhen. Klar: Sie könnten ja dann noch weniger Studierende fördern.

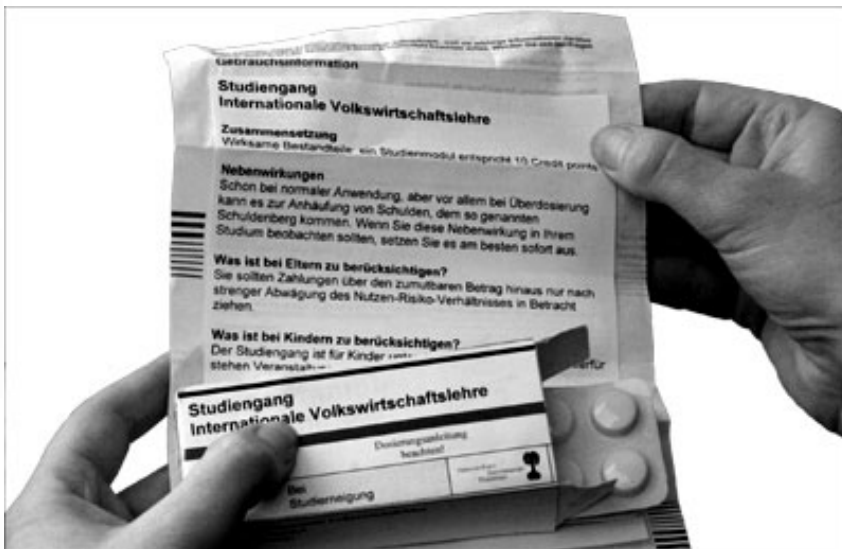
Die Einführung von Studiengebühren, wie sie derzeit diskutiert wird, kann erhebliche soziale Verwerfungen unter den Studierenden nach sich ziehen, aller Rhetorik der Befürworter von der angeblichen »Sozialverträglichkeit« zum Trotz. Das Szenario eines Flickenteppichs unterschiedlichster Gebühren von Bundesland zu Bundesland, Hochschule zu Hochschule, ja selbst von Studiengang zu Studiengang ist keineswegs unrealistisch. Leidtragende wären die Studierenden, deren wirtschaftliche und soziale Lage in vielen Gebührenmodellen keine Rolle zu spielen scheint.

Ob Studiengebühren überhaupt die Auszeichnung »sozialverträglich« verdienen, ist angesichts ihrer möglichen negativen Folgen äußerst fragwürdig. Wenn Studiengebühren erhoben werden sollen, dann müssen sie sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Studierenden richten. Am besten wäre eine Staffelung nach den studentischen Einnahmen – BAföG-Empfänger sind freizustellen. Wird nicht auf die soziale Wirklichkeit der Studierenden Rücksicht genommen, können Studiengebühren die soziale Selektion im deutschen Hochschulsystem verschärfen und den Zielen von Chancengleichheit, studentischer Mobilität und einer höheren Akademikerquote zuwiderlaufen.

Auf die Details kommt's an

Von Frank Ziegele

Ein zentrales Hindernis für eine gute Ausbildung an deutschen Hochschulen ist beseitigt: Der Weg für Studiengebühren ist frei. Die konkrete Modellgestaltung entscheidet nun darüber, ob sie Nutzen bringen oder Schaden anrichten. Jetzt ist die Politik am Zug.



»Zu Risiken und Nebenwirkungen« eines Studiums könnte der Schuldenberg gehören, denn die »Sozialverträglichkeit« wird in den meisten Gebührenmodellen über Darlehen angestrebt.

Foto: Bühler, Montage: Eberhardt

Die Politik muss jetzt bei der Entwicklung von Gebührenmodellen vier entscheidende Probleme lösen: Wie lassen sich Studiengebühren sozialverträglich gestalten? Dabei ist es entscheidend, dass jeder Studieninteressent ohne finanzielle oder psychologische Hürden in der Lage ist, ein seiner Eignung und seinen Interessen entsprechendes Studium zu beginnen. Wie kann sichergestellt werden, dass das Geld auch tatsächlich bei den Hochschulen ankommt und nicht in staatlichen Haushalten »versickert«? Wer soll die Gebührenmodelle gestalten – der Landesgesetzgeber oder die Hochschulen selbst? Oder sollten sich die Länder doch besser auf einheitliche Regelungen einigen? Wie können den Studierenden die Chancen von Gebührensystemen vermittelt werden?

Zu allen Fragen hat das »Centrum für Hochschulentwicklung« (CHE) in den vergangenen Jahren Ideen und Lösungsvorschläge erarbeitet, die nun vielfach aufgegriffen werden. So ist den meisten derzeit diskutierten Gebührenkonzepten gemeinsam, dass zur Sicherung der Sozialverträglichkeit ein Darlehen mit einkommensabhängiger Rückzahlung bereitgestellt werden soll. Dieses Darlehen kann jeder Studierende in Höhe der Studiengebühren oder eventuell einschließlich der Lebenshaltungskosten erhalten. Die Rückzahlung erfolgt nur oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze als Prozentsatz des Einkommens, möglicherweise sogar progressiv steigend mit höherem Einkommen. Nach einer längeren Periode von circa 20 Jahren erlischt die verbliebene Restschuld.

Umgekehrter Generationenvertrag

Die Vorteile eines solchen Systems liegen auf der Hand: Jeder Studieninteressent kann unabhängig von seinem sozialen Hintergrund das Geld aufbringen. Alle Darlehensnehmer wissen, dass sie nur zurückzahlen müssen, wenn sie zur Gruppe gut verdienender Akademiker gehören. Es besteht keinerlei Risiko, in Zahlungsschwierigkeiten zu kommen. Das Darlehen folgt letztlich der Logik eines »umgekehrten Generationenvertrags«: Absolventen geben als Gegenleistung für die erzielten persönlichen Vorteile der Hochschulausbildung eine Unterstützung für die nachfolgenden Studierenden, die von der höheren Qualität des Studiums profitieren. Dass diese Logik nicht abschreckend auf sozial Schwache wirkt, beweisen ausländische Beispiele wie Australien, aber auch die Universität Witten/Herdecke, die keinen geringeren Anteil an BAföG-Empfängern hat als staatliche Hochschulen.

Es erscheint vorteilhaft, ein Darlehenssystem bundesweit anzubieten. Das fördert die Transparenz: Jeder Abiturient im Bundesgebiet weiß, dass er ein Grundangebot an Darlehen zur Verfügung hat, auf das er unabhängig von Studien- und Ortswahl zurückgreifen kann. Geringe Informationskosten – eine detaillierte Suche nach hochschulspezifischen Finanzierungsangeboten entfällt – senken an dieser Stelle die Eintrittsschwelle zur Hochschulwelt. Daneben kann und muss es aber Wettbewerb zwischen Hochschulen oder Regionen bei den Finanzierungsbedingungen geben: Einzelne Hochschulen können Stipendiensysteme aufbauen und sich damit profilieren: In Österreich hat dies zum Beispiel die Montanuniversität Leoben mit ihrem »PraxisScheck«-Modell getan. Stipendien aus der Privatwirtschaft werden dort mit Praktikumsplätzen verknüpft.

Eine Hochschule kann aber auch beispielsweise einen »Humankapitalfonds« einrichten, in dem Ehemalige der Hochschule oder andere Anleger ihr Geld in Studierende investieren können. Diese sorgen dann nach dem Studium aus ihrem eigenen Einkommen für einen verzinsten Rückfluss der Geldanlage. Wenn damit die besten Studierenden gefördert würden, könnten die Konditionen möglicherweise besonders attraktiv und damit ein Werbeargument für die Hochschule sein. Die TU München bietet schon heute einen solchen Fonds, vor allem um damit die besonders hohen Lebenshaltungskosten in München für die Studierenden tragbar zu machen.

Gebühr als Qualitätsindikator

Bundes- oder landesweit können durchaus bestimmte Rahmenbedingungen gesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Hochschulen aber einen großen Spielraum zur aktiven Gestaltung von Gebührenmodellen haben. Nicht zuletzt muss es ihnen möglich sein, über die Höhe der Gebühren – an der Hochschule, für einzelne Fächer und Studienangebote – selbst zu entscheiden. Dann kann es im Rahmen des Hochschulmarketings eine »Preispolitik« geben, die unter anderem auch den Faktor Gebühr als Qualitätsindikator verwenden wird. In diesem Zusammenhang sind aber ebenfalls staatliche Rahmenbedingungen nahe liegend, zum Beispiel eine Obergrenze für die Gebührenhöhe, wie sie in England ab 2006 gelten wird. Mit diesen Maßnahmen ließe sich sicherstellen, dass aus sozialen Gründen niemand vom Studium ausgegrenzt wird.

Bleibt die Gretchenfrage der Finanzen: Die Gefahr, dass Finanzminister das Gebührenaufkommen als willkommenen Anlass nehmen, sich aus der staatlichen Hochschulfinanzierung zurückzuziehen, liegt angesichts maroder Staatsfinanzen auf der Hand. Auch hier kann man jedoch vorbeugen: »Solidarpakte« oder ähnliche Vereinbarungen zwischen Hochschulen und Staat müssen nicht unbedingt als Sparpakete daherkommen. Sie können auch ein Schritt sein, eine längerfristige verlässliche Basis von fünf bis zehn Jahren für die staatliche Finanzierung von Hochschulen zu schaffen. Spontane Reaktionen des Staates auf die Einführung von Studiengebühren werden dadurch vermieden.



Bald ein gewohntes Bild? Hochschulmarketing über die Preispolitik bei den Studiengängen.

Foto: Bühler, Montage: Kalb

Auch das hessische oder brandenburgische Modell der staatlichen Finanzierung scheint mit Studiengebühren vereinbar: Dort sind »Kostennormwerte« als Entgelt pro Studierendem in der Regelstudienzeit festgesetzt. Auch die staatliche Finanzierung arbeitet also mit festen Preisen und dem Prinzip »Geld folgt Studierenden«. Auch das Beispiel Neuseelands sollte Beachtung finden: Dort ergab sich aus der gesellschaftlichen Diskussion über angemessene Studiengebühren der Grundsatz, dass Studierende 25 Prozent der Kosten eines Studienplatzes selbst tragen sollen. Dieser gesellschaftliche Konsens war mit Einführung der Gebühren jedem Neuseeländer bewusst, und er hat über zehn Jahre gehalten. Erst danach gab es eine leichte Verschiebung zu höheren privaten Anteilen.

Die Beispiele und Instrumente zeigen: Für politische Entscheidungen gibt es keine Garantie. Eine Regierung, die heute verspricht, die staatliche Finanzierung nicht zu kürzen, kann morgen abgewählt werden. Es kann aber Verfahren und gesellschaftliche Konsense geben, die die Politik verlässlicher machen. Sie sollten Bestandteil der Gebührenregelungen werden.

Studiengebühren werden – selbst bei guten Modellen – abschreckend wirken, wenn die Modelle von den Studierenden nicht verstanden werden. So muss klar werden, dass das Darlehen mit einkommensabhängiger Rückzahlung niemanden vor unüberwindbare Schuldenberge stellt, weil ohne adäquates Einkommen keine Zahlungsverpflichtung entsteht. Dann werden sich die Studierenden darauf einlassen. Und es muss deutlich werden, wofür das Geld verwendet werden soll und welche Qualitätsverbesserungen oder Ausweitung der Studienplätze damit verbunden ist.

Die australische *Labour*-Regierung konnte bei Einführung der Studiengebühren vermitteln, dass es um die Ausweitung der Akademikerquote geht. Seitdem ist die Zahl der Studierenden um ein Drittel gestiegen. Unter dieser Perspektive ist es fatal, wie Gebührengegner nicht aufhören, soziale Schreckensszenarien an die Wand zu malen. Damit tragen sie dazu bei, dass tatsächlich in begrenztem Umfang Abschreckung entstehen kann.

Zu den vier »großen« Gestaltungsfragen kommen zahlreiche weitere, und das insbesondere innerhalb der Hochschulen. Beispielsweise ist es eine wichtige Aufgabe, die Verwendung des zusätzlich eingenommenen Geldes mit der Entwicklung der *Bachelor-Master*-Strukturen zu verknüpfen. Die Parallelität beider Reformprozesse ist eine große Chance: Mit den

Studiengebühren können veränderte inhaltliche und didaktische Konzepte, die beispielsweise auf kleinere Lerngruppen und individuellere Betreuung setzen, finanziell realisiert werden.

Wichtig ist auch, dass Studierende über die Verwendung der Gelder mitentscheiden können. An der Universität Wien stimmen sie beispielsweise derzeit über den Mitteleinsatz per Internet ab. Aber auch bei den ›großen‹ Fragen muss man noch ins Detail gehen, zum Beispiel beim Darlehen: Wer sichert das Ausfallrisiko – der Staat oder die Hochschulen? Über welchen Vertriebskanal werden Studiendarlehen angeboten – über Studentensekretariate, Studentenwerke oder Banken?

Wie die Beispiele zeigen, gibt es im In- und Ausland genügend Ideen. Jetzt geht es um schlüssige Modelle und deren offensive Vermittlung, gerade auch für Baden-Württemberg als einem der Vorkämpfer von Studiengebühren. Da ist es enttäuschend, dass es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zunächst nur Willensbekundungen zur Gebühreneinführung gab, die Vorstellung detaillierter, funktionierender Modelle aber ausblieb. Dies sollte in allen Ländern mit konkreten Gebührenabsichten schleunigst geschehen.

Notwendiges Übel oder üble Abschreckung?

Von Michael Seifert

In Zukunft fürs Studium bezahlen? Wie denken die Betroffenen darüber? Die attempto!-Redaktion hat vier zufällig ausgewählte Tübinger Studierende um ihre Meinung zum Thema Studiengebühren.



Studentische »Stichprobe« bei der engagierten Diskussion über die Berechtigung und die Modalitäten von Studiengebühren.

Fotos: Haas

Sie war zufällig und keineswegs repräsentativ, die »Stichprobe« der vier Studierenden, die auf Einladung der attempto!-Redaktion in den kleinen Sitzungssaal der »Alten Botanik« gekommen waren: Katharina Kurz (21), die im vierten Semester ein Doppelstudium für Magister und Lehramt in Germanistik, Spanisch und Rhetorik absolviert, Timo Herrmann (26), der im elften Semester Biochemie studiert sowie Simone Schlosser (21) und Jan Hogrefe (21), beide im dritten Semester in Internationaler Volkswirtschaftslehre eingeschrieben. Gleich zu Beginn stoßen die vier auf eine Gemeinsamkeit: Alle erhalten einen Teil ihres Lebensunterhalts von den Eltern und finanzieren ihr Studium zusätzlich durch Jobs im Semester oder in den Semesterferien.

Wenn jetzt 500 Euro Studiengebühren pro Semester hinzukämen, wie würde ihre finanzielle Lage dann aussehen? Jan Hogrefe würde seine Eltern um einen zusätzlichen Zuschuss bitten, das werde aber problematisch, da auch sein Bruder demnächst mit dem Studium beginne. Simone Schlosser meint: »Ich bin sehr wohl in der Lage, das aufzubringen.« Sie würde versuchen, zusätzlich zu jobben, notfalls auch über einen Kredit nachdenken. Auf ihre Eltern zählt sie da eher nicht. Katharina Kurz, deren Schwester auch studiert, müsste das Geld durch Arbeit verdienen. Nachgelagerte Studiengebühren über einen Kredit kämen für sie nicht in Frage, denn: »Dann bin ich fertig mit dem Studium und hab' erst mal Schulden.«

Wachsende Schulden

Timo Herrmann dagegen findet diese Lösung in Ordnung, denn man würde Studiengebühren erst in dem Moment zurückzahlen, in dem man ein einträgliches Einkommen hätte: »Der Uni im Nachhinein für ein gutes Studium Geld zu geben, dem kann ich durchaus etwas abgewinnen«, erklärt er. Gegen nachgelagerte Studiengebühren spricht sich aber auch Jan Hogrefe aus. Er verweist auf Berechnungen, wonach ein Schuldenberg von 32 000 Euro zusammen käme, wenn man sein Studium – inklusive Lebensunterhalt und Studiengebühren – über Kredite finanzieren

müsste: »Dann ist man in einer Lebensphase, in der man eine Familie gründen, vielleicht eine Immobilie kaufen will. Ich kenne niemanden, der das direkt bezahlen kann. Auch dafür muss man immer Kredite aufnehmen. Wenn dann noch die Kredite vom Studium hinzukommen, leidet darunter die Bonität.« Er sieht eine klare »Abschreckungswirkung durch die Gesamtkosten des Studiums«. Demgegenüber argumentiert Timo Herrmann, dass ja an der Ausbildungsförderung durch BAföG festgehalten werden solle, und Simone Schlosser findet, dass BAföG-Empfänger keine Studiengebühren bezahlen sollten.



Jan Hogrefe: »Die Gefahr ist enorm, dass weniger studieren statt mehr.«

Wie sieht es mit der sozialen Gerechtigkeit von Studiengebühren aus? Was halten unsere Gesprächspartner von dem provokanten Satz: »Die Putzfrau zahlt die Steuern, damit der Arztsohn studieren kann«? Jan Hogrefe sieht darin einen logischen Fehler: Nicht die Studiengebühren stellen Gerechtigkeit her, sondern eine Steuerentlastung für die Putzfrau wäre sozial gerecht. Timo Herrmann hält den Satz zwar für polemisch, aber: »ein bisschen was Wahres ist doch dran. Wenn ich mich nur an Klassentreffen erinnere mit Leuten, die schon drei Jahre im Berufsleben stehen und Steuern bezahlen und damit zum Teil unser Studium finanzieren«, meint der Biochemiestudent.

Jan Hogrefe fordert von der Politik und von den Universitäten mehr Engagement für Überlegungen, welche Alternativen es zu Studiengebühren gäbe. Da sei wirklich Kreativität der Universitäten gefragt, um an zusätzliche Gelder zu kommen, zum Beispiel durch Patentrechte, engere Kooperation mit der Wirtschaft und Gründung von Stiftungen.

Wie in den USA, wo die Ehemaligen sehr viel für die Finanzierung der Universitäten leisten? Dazu Timo Herrmann: »Spontan käme ich sicher nicht auf die Idee, der erste zu sein und meine Uni mit 5000 Euro zu unterstützen, weil mir der Professor Schaich so gut gefallen hat. Wenn das aber eine Tradition hätte wie in den USA und auch mit Veranstaltungen und Treffen der Ehemaligen verknüpft wäre, hätte ich auch kein Problem damit.« Simone Schlosser dagegen meint: »Ich zahle lieber jetzt, wenn ich auch den Nutzen davon hätte.«



Simone Schlosser: »Man kann nicht immer nur alles nehmen vom Staat, man muss auch mal etwas geben.«

Apropos Nutzen: Wozu sollten denn die Studiengebühren verwendet werden? Timo Herrmann fordert, dass sie ausschließlich der Lehre zugute kommen müssten und »nicht in ein tolles Gerät für eine Forschungsgruppe fließen« dürften. Das Verhältnis Lehrende zu Lernenden müsse verbessert werden, kleine Begleitveranstaltungen und Tutorien sieht er als notwendig an. Katharina Kurz konkretisiert dies und verweist auf das Gedränge in den Grundvorlesungen in der Neuphilologie: »Die Studierenden sitzen zum Teil hinter den Professoren, manche finden noch nicht mal auf dem Boden einen Sitzplatz. Mit den Studiengebühren könnten wir jetzt hingehen und eine Abschaffung dieser Missstände durch Teilung von Lehrveranstaltungen fordern, was wir im Moment nicht können.«

Simone Schlosser ergänzt diese Wünsche mit der Forderung nach mehr Lehrbüchern und längeren Öffnungszeiten der Bibliotheken. Jan Hogrefe allerdings findet, dass viele Verbesserungen auch ohne Geld sehr schnell zu erreichen seien: »Es ist hauptsächlich eine Frage der Motivation der Studierenden und der Lehrkräfte. Wenn ich mich an meiner Fakultät umschaue, gibt es so viel Potenzial bei Professoren und Studierenden, mit dem sich durch ein bisschen mehr Engagement im Detail sehr viel erreichen ließe.« Er ist der Meinung, dass viele bereit wären, freiwillig Tutorien zu bilden oder in Bibliotheken mitzuarbeiten und resümiert: »Wenn man in diese Richtung denkt, würde die Diskussion um Studiengebühren hinfällig, man bräuchte sie schlicht nicht mehr.«

Timo Herrmann dagegen sieht in den Studiengebühren auch einen möglichen positiven Wettbewerbsfaktor für die Hochschulen, wenn sie differenziert nach Universitäten und Fächern in unterschiedlicher Höhe erhoben würden: »Ich habe mir schon jetzt Tübingen als Studienort ausgesucht, weil mir Universität und Stadt das beste Angebot gemacht haben. Ich hätte billiger auch bei mir zu Hause um die Ecke studieren können«, meint der auch parteipolitisch engagierte 26-Jährige.



Timo Herrmann: »Drei Bedingungen: Studiengebühren müssen sozialverträglich sein, zu 100 Prozent bei den Universitäten bleiben und vollständig in die Lehre gehen.«

Wie lautet das abschließende Fazit unserer vier Gesprächspartner? Für Jan Hogrefe stellt sich die Lage klar dar: »Man sollte Studiengebühren nicht einführen, weil der Preis zu hoch ist. Die Gefahr ist enorm, dass weniger studieren statt mehr, was eigentlich unser Ziel sein sollte.« Simone Schlosser hält die derzeit zur Debatte stehende Gebühr von 500 Euro für letztlich zumutbar und verweist auf das Beispiel Österreich. Dort gingen die Studierendenzahlen nach Einführung von Studiengebühren zurück, steigen inzwischen aber wieder deutlich. »Für mich ist entscheidend, wie die Studiengebühren verkauft werden – wie immer bei Reformen. Die Betroffenen müssen sie als sinnvoll erkennen können.« Und: »Man kann nicht immer nur alles nehmen vom Staat, sondern muss auch mal etwas geben.«

Das »richtige Verkaufen« ist auch Katharina Kurz sehr wichtig: »In der Diskussion werden viel zu viele Klischeevorstellungen geäußert, statt wirklich Argumente vorgebracht.« Als Beispiele nennt sie die Politikeraussage, dass 100 Euro Studiengebühren im Monat ja eigentlich nur der Handyrechnung der Studierenden entsprächen oder die Aussage einer Studierenden: »Jetzt können wir halt ein bis zwei Cocktails weniger schlürfen.« Timo Herrmann schließlich plädiert dafür, Studiengebühren lieber Studienbeiträge zu nennen, denn »Gebühren« klinge zu sehr nach Bestrafung dafür, dass man studieren dürfe. Für ihn sind drei Bedingungen für die Einführung von Studiengebühren zu erfüllen: »Sozialverträglichkeit durch nachlaufende Studiengebühren, das Geld muss vollständig bei den Universitäten landen und zu hundert Prozent für die Lehre ausgegeben werden.« Simone Schlossers Resümee lautet: »Die erste Generation, die von Studiengebühren betroffen sein wird, wird nicht die sein, die schon wirklich davon profitiert. Aber man muss sich sagen: Wir schaffen jetzt die Basis für die Zukunft.« Und an die Adresse des Ministers: Er solle dafür sorgen, dass das Geld wirklich die Lage der Universitäten verbessere und nicht etwa andere Zuschüsse verdeckt kürzen.

»Sind wir wirklich bereit?«

Von Michal Kucera

Studiengebühren verändern das Klima an den Universitäten radikal. Durch sie wird die Lehre zur Ware degradiert, und Universitäten mutieren zu Unternehmen, die von der Loyalität ihrer »Kundschaft« abhängig sind. Ein Kommentar.



Nickerchen über den Büchern: Durch den Zwang, neben dem Studium Geld zu verdienen, leiden Motivation und Konzentration.

Fotos: Bühler

Das Hochschulwesen in Europa scheint eine deutlich wahrnehmbar vernetzte Identitätskrise durchzumachen. Der traditionelle sozialistische Slogan »Chancengleichheit« wird durch Tony Blairs': »There is no such thing as a free lunch« ersetzt. Nach einer turbulenten Debatte im Britischen Parlament im vergangenen Jahr wurden die Studiengebühren in England und Wales effektiv verdoppelt. Ich erinnere mich lebhaft an die Diskussionen an meiner ehemaligen Universität in London, in denen versucht wurde, die Auswirkungen auf Studentenzahlen, Fächerwahl und Chancengleichheit vorherzusagen. Es ist fast schon beunruhigend, dass ich meine akademische Laufbahn gerade in dem Augenblick in Deutschland fortsetzen soll, in dem eine politische Entscheidung den Weg für die Einführung von Studiengebühren in diesem Land ebnet.

Die Entscheidung, Geld für akademische Bildung zu verlangen, darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Sie bedeutet einen Sprung in eine andere Welt, in der sich Ausbildung mit Unterhaltung und Verantwortung mit Erwartungen vermischen. In meiner bisherigen wissenschaftlichen Laufbahn habe ich das Leben mit kompletter Eigenfinanzierung der Ausbildung in den USA, kostenlosem Studium in Schweden und der Tschechischen Republik und einer Mischung von beidem in Großbritannien kennen gelernt. Angesichts dieser breitgefächerten Erfahrungen habe ich das Gefühl, es könnte von Interesse sein, einige Gedanken zum Wesen von Studiengebühren beizusteuern und ein paar Aspekte des Lebens an einer »Gebühren-Universität« zu beleuchten, die oft nicht genug beachtet werden.

Nach meiner Erfahrung hat das Bezahlen für universitäre Ausbildung wenig Vorteile für Studenten. Es ist wahr, dass mehr Finanzmittel zu einer besseren Qualität der akademischen Ausbildung führen sollten. Diese Wirkung ist aber nicht davon abhängig, aus welcher Quelle das Geld stammt. Außerdem hat akademische Qualität meiner Ansicht nach mehr mit den Wissenschaftlern und ihrem Leistungsdrang zu tun als mit der Verfügbarkeit von Ressourcen. Einige werden sagen, dass Gebühren die Studenten motivieren, ihre Ausbildung schneller abzuschließen. Mag sein, ich vermute aber, dass dies eher eine Frage der Tradition als des finanziellen Drucks ist. Die große Mehrheit der Studenten in der kommunistischen Tschechoslowakei, wo Bildung völlig kostenlos war, schlossen innerhalb der Regelstudienzeit ab.

In der Diskussion um Studiengebühren hört man nicht selten das Argument, dass man damit eine Verbesserung der Motivation erreichen kann. Werden Studenten wirklich versuchen, das Beste aus ihrem Studium zu machen, wenn sie für das Privileg einer Universitätsausbildung zahlen müssen? Diese Vorstellung ist verhängnisvoll falsch, weil sie nicht berücksichtigt, dass die Einführung von Studiengebühren die Denkmuster verändert. In einem kostenlosen Bildungssystem sollten Universitäten ihren Studenten die besten Möglichkeiten bieten, und Studenten diese so gut wie möglich nutzen. Die Qualität der Lehre ist vom Staat garantiert, während die Verantwortlichkeit für das Lernen zweifellos beim Studenten liegt.

Mit der Einführung von Studiengebühren bricht dieses System zusammen. Wenn man für Güter oder Dienstleistungen bezahlt und eine Wahl hat, wird man automatisch Kunde. Mit der Einführung von Studiengebühren werden Studenten zu Kunden und Universitäten zu Unternehmen, die von der Loyalität ihrer Studenten abhängig sind. Wenn man ein kostenloses Mittagessen bekommt, liegt es an einem selbst, wie man es nutzt. Wenn man dafür bezahlt hat, macht man deshalb nicht mehr daraus. Was sich ändert, ist, dass man eine bestimmte Qualität und Menge und mit Recht erwartet, dass der Anbieter diese garantiert. An einer gebührenpflichtigen Universität liegt die Verantwortlichkeit für das Lernen nicht mehr unbestreitbar bei den Studenten.



»There is no such thing as a free lunch« – Ende von Chancengleichheit und Verantwortlichkeit für das eigene Studium?

Dies sind nicht einfach nur Gedankenspiele. Englische und amerikanische Studenten verlangen tatsächlich mehr von ihren Lehrern, sie erwarten ständigen Zugang und Unterstützung und stellen deren Beurteilungen in Frage. Die Universitäten haben wenig Möglichkeiten, diese gesteigerte Bürde der Verantwortung abzuwehren. In einem Klima, in dem zunehmend auf

Einnahmen aus Gebühren vertraut wird, finden sich die Universitäten als Geisel von studentischer Loyalität und Studienfortschritt. Ich kann den erheblichen Aufwand bezeugen, den Universitätsleitungen in Großbritannien betrieben haben, um sicherzugehen, dass kein Student verloren geht, sei es durch akademischen Misserfolg oder aus Unzufriedenheit mit seinem Studium oder dem sozialen Umfeld. Man ist dort oft gezwungen, Dinge zu tun, die eigentlich nicht das Beste für den einzelnen Studenten oder die gesamte Unterrichtsgruppe sind.

Trotz dieses Aufwands bleibt ein Grund für das Abbrechen des Studiums oder für schlechte Leistungen bestehen, nämlich finanzielle Schwierigkeiten, was in Deutschland noch nicht so häufig sein dürfte. Die meisten britischen Studenten müssen arbeiten, um ihre Studentendarlehen aufzustocken. Durch diese Verschiebung der Prioritäten werden Lehrveranstaltungen versäumt, leiden Motivation und Konzentration. Traurigerweise habe ich viele Fälle erlebt, in denen fähige und motivierte Studenten betroffen waren.

Ich kann der Idee, Geld für akademische Ausbildung zu verlangen, nichts abgewinnen. Ich glaube an Chancengleichheit, Eigenmotivation und Verantwortung für das eigene Leben. Egal in welche hübschen Worte man es verpackt, die Einführung von Studiengebühren hilft nicht, einen dieser Werte zu fördern. Sie sind ein notwendiges Übel in dieser Zeit der finanziellen Defizite und von Politikern, die über die nächsten Wahlen nicht hinausdenken.

Trotzdem könnten die Gebühren bald auch an dieser Universität Realität werden. Wenn wir in diese neue Dimension der ›Lieferung‹ von Lehre an geschätzte Kunden eintreten, ist es wichtig, dass wir berücksichtigen, wie das unsere Auffassung von der eigenen Arbeit und Rolle als Hochschullehrer beeinflussen wird. Ich hoffe, dass diejenigen, deren Entscheidungen die nächsten Generationen von Studenten betreffen werden, diese Angelegenheit sorgfältig überdenken. Vielleicht müssen wir uns ja alle dem Druck der Wirtschaftskrise beugen, um überhaupt noch eine Universität haben zu können. Aber sind wir wirklich bereit für diese Zukunft?

Der Tübinger 20-Millionen-Euro-Traum

Von Eberhard Schaich

Mit der Einführung von Studiengebühren hätte die Universität Tübingen zusätzlich 20 Millionen Euro in der Kasse – wenn sie wirklich dahin fließen sollten. Mit dem Geld könnten die Studienbedingungen gründlich verbessert werden – ein Mehr an Betreuung und Beratung, ein umfassendes Service-Angebot, mehr Computer-, Labor- und Praktikumsarbeitsplätze: Die Tübinger Wunschliste ist längst geschrieben.



Die Bibliothek ist nicht so lange geöffnet, wie es sich mancher wünscht – wegen Geldmangel. Können Studienbeiträge Abhilfe schaffen?

Fotos: Bühler

Ein Traum, wenn die Universität tatsächlich 20 Millionen Euro mehr im Jahr zur Verfügung hätte. Bis vor kurzem dachten alle, dieser Traum würde Wirklichkeit – so entschieden, wie die Politiker beteuerten, das Geld müsse bei den Hochschulen bleiben. Inzwischen haben sich die Chancen für 20 Millionen Euro verringert. Ernüchterung macht sich breit. Nicht dass Studienbeiträge – dieses Wort trifft die Sache besser als »Gebühren« – in Baden-Württemberg plötzlich unwahrscheinlich geworden wären. Im Gegenteil: Der Wille, sie einzuführen, ist sogar bei weniger regierungsnahen Politikerinnen und Politikern eindeutig auszumachen. 500 Euro Studienbeitrag pro Semester stoßen insgesamt auf große Akzeptanz.

Aber die Sache hat einen Haken: Aktuellen Äußerungen der Landesregierung zufolge (beispielsweise in der *Stuttgarter Zeitung* vom 20.1.2005) sollen nämlich von landesweit jährlich 240 Millionen Euro erzielbarer Studienbeiträge bei 240 000 Studierenden neuerdings nur noch 47 Prozent bei den Hochschulen ankommen. Zu deren Lasten sollen 72 Millionen Euro Gebührenbefreiung, fünf Millionen Euro Verwaltungsaufwand, 25 Millionen Euro Fonds zur Absicherung von Bürgschaften, neun Millionen Euro bisherige Einnahmen aus Langzeitstudiengebühren sowie 16 Millionen Euro bisheriger Verwaltungskostenbeitrag abgezogen werden. Übrig blieben 113 Millionen Euro. Eine zusätzliche Erhebung des Verwaltungskostenbeitrages ist schon im Gespräch, womit der Studienbeitrag 540 statt 500 Euro

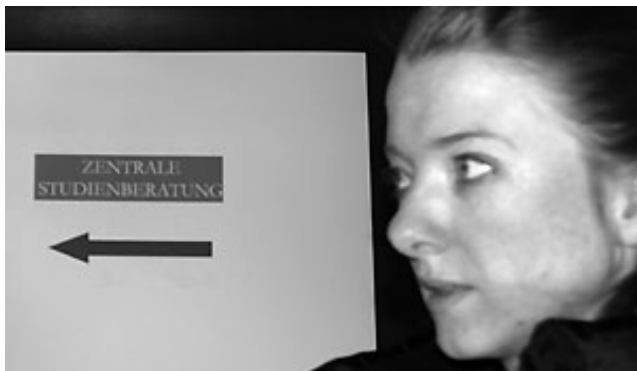
beträge.

Der Tübinger 20-Millionen-Euro-Traum würde durch diese Rechnung auf etwa die Hälfte reduziert und damit zum Phantom mit weiteren Risiken der Verflüchtigung. Dennoch sind wir zuversichtlich, dass letztlich die Politik ihre Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzt, die ursprünglichen Zusicherungen nicht in Vergessenheit geraten und die Studienbeiträge im Wesentlichen ohne Abzüge bei den Hochschulen bleiben.

Attraktive Rechenbeispiele

Dann würden – bei 24 000 Studierenden der Eberhard Karls Universität – jährlich 20 Millionen Euro zusätzlich in die Kasse fließen, wenn man 4000 Fälle von Gebührenerlass abzieht. Damit lässt sich einiges bewegen. Ein Rechenbeispiel: 20 Millionen Euro würden ausreichen, um etwa 340 wissenschaftliche Mitarbeiter oder 1360 studentische Hilfskräfte ein Jahr lang zu finanzieren. Ein modern ausgestatteter Laborarbeitsplatz in den experimentellen Naturwissenschaften kostet etwa 10 000; die Computer-Ausstattung eines Arbeitsplatzes für fortgeschrittene Studierende etwa 3000 Euro.

Keine Frage: Studienbeiträge dürfen nur zur Verbesserung der Studienbedingungen dienen. Was die Studierenden beitragen, darf nicht in der Anonymität eines Universitätshaushaltes verschwinden, bei dem die Mangelverwaltung dominiert. Die Qualität von Studienbedingungen darf sich aber nicht nur an den traditionellen Bereichen von Lehre und Prüfungen messen, sondern muss vor allem attraktive Serviceleistungen beinhalten.



Neue Studienstrukturen werfen neue Fragen auf, der Beratungsbedarf steigt. Auch dafür wird mehr Personal gebraucht.

An erster Stelle einer Liste wünschenswerter Verbesserungen steht die Einrichtung eines umfassenden Informationssystems, das sich aus mehreren wichtigen Servicekomponenten zusammensetzt. Dabei sollen umfassende Angebote persönlicher und individueller Beratung – die auch im Computer-Zeitalter unverzichtbar sind – auf zentraler sowie Fakultäts- und Fachebene ausgebaut werden. Diese Beratungsebenen brauchen ausreichende personelle Ausstattung und laufende Qualitätssicherung. Die neuen Studienstrukturen, die Fragen des Wechsels zwischen verschiedenen Hochschularten und die derzeit ungelöste Problematik der Organisation von Auslandssemestern bei *Bachelor-Master*-Studiengängen werden die Nachfrage nach Beratung sprunghaft ansteigen lassen.

Ebenso wichtig wäre ein Internet-Informationssystem, das den Studierenden den direkten Netz-Zugang zur Universität ermöglicht und hilft, den Studienalltag besser und schneller zu bewältigen. Mit Hilfe der laufend aktualisierten Netzpräsentation von Universität und Fakultäten sollten sich die Studierenden über das Lehrveranstaltungsangebot, die wöchentlichen Vortragsveranstaltungen und die Angebote studentischer Gruppen informieren können. Im Netz einsehbar – und das vor allem im Zeitalter der modularisierten Studiengänge – sollten auch der aktuelle Kredit-Punktstand, das Ergebnis der vor kurzem abgelegten und die Termine bevorstehender Prüfungen, Übungsprogramme zu Lehrveranstaltungen und weitere studienbezogene Informationen sein.

Ein dritter Bereich, in dem wichtige Verbesserungen notwendig sind, ist die Betreuung von Pflichtlehr-, Übungs- und Praktikumsveranstaltungen, insbesondere im ersten Studienabschnitt. Was die »Betreuungsrelation« angeht, können wir mit den amerikanischen Universitäten bislang nicht im Entferntesten mithalten. Tutorien, Arbeitsgemeinschaften und Wiederholungskurse müssen durch kleine Gruppengrößen den Nachteilen der Massenuniversität entgegenwirken und auch durchschnittlich begabten Studierenden einen zügigen Studienfortschritt ermöglichen.

Bessere Betreuung

Der dazu erforderliche Personaleinsatz ist von Fach zu Fach verschieden. In manchen Fächern können studentische Hilfskräfte, also qualifiziertere Studierende höherer Semester, diese Betreuung übernehmen. In anderen Bereichen und für viele Aufgaben ist jedoch der Einsatz von Graduierten oder Doktoranden unabdingbar, damit die Qualität nicht leidet. Also brauchen wir zusätzliche wissenschaftliche Mitarbeiter. Andererseits bieten aber Wiederholungskurse Studierenden und Doktoranden eine attraktive Möglichkeit, sich weiterzubilden und gleichzeitig ihr Studium zu finanzieren.

Auch was die Ausstattung der Bibliotheken – nicht nur mit aktuellen Lehrbüchern und intensiv gelesenen Fachzeitschriften – angeht, herrscht akuter Mangel, der dringend beseitigt werden müsste. Das betrifft auch die Öffnungszeiten der Bibliotheken, die in Tübingen immer noch weit weniger komfortabel sind als anderswo. Studienbeiträge müssten auch dazu verwendet werden, jedem Studierenden einen Computer-Arbeitsplatz anbieten zu können, der es ihm ermöglicht, effizient wissenschaftlich zu arbeiten. Das gilt analog auch für die Labor- und Praktikumsarbeitsplätze in den experimentellen Naturwissenschaften und der Medizin.

Sollte die Universität tatsächlich auf zusätzliche Einnahmen zurückgreifen können, bleiben zwei wichtige Probleme zu lösen: Wenn mit dem Geld weitere wissenschaftliche Mitarbeiter finanziert werden, so erhöhen sie die Kapazität eines Fachs oder einer Fakultät. Dadurch würde die so wichtige Verbesserung der Betreuungsverhältnisse unmöglich gemacht. Um dies zu verhindern, müssten insbesondere die Kapazitätsbemessungsregeln geändert werden.

Das zweite Problem ist die Verteilung der zusätzlich gewonnenen Mittel innerhalb der Universität. Soll sie sich nach der Anzahl der Studierenden richten? In diesem Punkt dürfen keine allzu mechanistischen Regeln gelten, damit nicht weitere Verteilungskämpfe zwischen den einzelnen Fächern und Fakultäten provoziert werden. Diese Problematik ist allerdings nicht ganz vermeidbar.

Insgesamt ist die Universität Tübingen auf einen verantwortungsvollen Einsatz der 20 Millionen Euro bestens vorbereitet. Spannend ist die Frage, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt sie tatsächlich kommen und ob das Geld wirklich zu annähernd 100 Prozent bei den Universitäten landet – ein Testfall für die Glaubwürdigkeit der Politik.

Jeder finanziert auf seine Art

Von Stefanie Schwarz und Meike Rehbarg

Beim Thema Studiengebühren und Studienfinanzierung kann man noch nicht von einem einheitlichen Bildungsraum Europa sprechen. Eine Vergleichsstudie in 16 Ländern zeigt eine breite Palette staatlicher Förderung und Forderungen an die Studierenden. In der Diskussion oft vernachlässigt: Der dickste Batzen für Studierende sind nicht die Gebühren, sondern die Lebenshaltungskosten.

Bei der Frage, was ein Studium kostet und wie es finanziert wird, beschränken sich die Positionen und Argumente meist auf die Kostenseite und hier ausdrücklich auf den Aspekt der Studiengebühren. Diese machen allerdings nur einen Teil der Kosten aus, die auf Studierende zukommen. Durch das Studium entstehen stets – oft erhebliche – Ausgaben für Studienmaterialien und für den Lebensunterhalt. Wie viel kostet ein Hochschulstudium und welchen Beitrag leistet der Staat zur Finanzierung? Diese Fragen stellen sich, will man die Ausgaben für ein Studium einerseits und seine Finanzierung auf der anderen Seite gegenüberstellen. Auf der Grundlage empirischer Daten zu 16 europäischen Ländern wird hier der Blick über die Studiengebühren hinaus auf das Gesamtthema Studienfinanzierung gelenkt. Die vergleichende europäische Betrachtung der Höhe der Studiengebühren und der Lebenshaltungskosten sowie des Umfangs direkter staatlicher Studienförderung kann helfen, die deutsche Diskussion zu versachlichen.



Foto: Bühler

Es gibt zwei Kategorien von Studienausgaben: direkte Studienausgaben und Lebenshaltungskosten. Direkte Studienausgaben sind alle Aufwendungen, die unmittelbar an die Hochschulen zu zahlen sind. Ausgaben für den Lebensunterhalt beinhalten demgegenüber das Geld für Studienmaterialien, Ernährung, Kleidung und Freizeitaktivitäten sowie Wohn- und Fahrtkosten.

Und so ist die Lage bei den fixen oder maximalen Studiengebühren in den europäischen Ländern: In Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland müssen keine Studiengebühren gezahlt werden. Auch in Griechenland ist das Studium nicht gebührenpflichtig. In Deutschland ist das Erststudium an öffentlichen Hochschulen ebenfalls gebührenfrei. Viele Bundesländer kassieren allerdings Verwaltungsgebühren. Neu ist, dass in Masterstudiengängen Gebühren erhoben werden können, sofern sie nicht konsekutiv gebunden, sondern eigenständig sind. Zudem werden in manchen Bundesländern seit einiger Zeit Gebühren für Langzeitstudierende verlangt.

In Portugal und Frankreich zahlen die Studierenden maximal Studiengebühren in Höhe von rund 400 Euro pro Jahr. In Frankreich gilt der erhobene Betrag offiziell als Einschreibgebühr. In Belgien, Irland, Spanien, Österreich und Italien betragen die jährlichen Studiengebühren maximal oder als Fixbetrag 505 bis 750 Euro. In Flandern und Wallonien gilt die Studiengebühr wie in Frankreich als Einschreibgebühr. Auch in Irland bezahlen die Studierenden offiziell keine Kursgebühren, sondern so genannte *Service fees* in Höhe von 670 Euro.

Spanische Hochschulen verlangen Studiengebühren in unterschiedlicher Höhe – der Durchschnitt liegt bei etwa 420 Euro. In Österreich müssen die Studierenden seit dem Wintersemester 2001/02 an allen staatlichen Universitäten den »Studienbeitrag« von 727 Euro pro Jahr aufbringen. In Italien schließlich gibt es Studiengebühren, die offiziell als Einschreibgebühr gelten.

Die Schweiz, die Niederlande sowie das Vereinigte Königreich kassieren Studiengebühren von mehr als 1000 Euro pro Studierendem und Jahr. Die zentral festgelegte Studiengebühr in den Niederlanden beträgt derzeit 1445 Euro jährlich. Das Vereinigte Königreich nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als hier ohnehin die im Vergleich höchsten Studiengebühren verlangt werden – umgerechnet etwa 1630 Euro – und außerdem im Augenblick über eine weitere Erhöhung debattiert wird.

Die Kosten für den Lebensunterhalt sind in den verschiedenen europäischen Ländern für die Studierenden sehr unterschiedlich. Die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen belaufen sich in Westeuropa (Irland, Vereinigtes Königreich) und in Südeuropa (Portugal, Spanien, Italien und Griechenland) auf etwa 400 bis 600 Euro. In den mittel- und nordeuropäischen Ländern hingegen liegen die Lebenshaltungskosten zum Teil erheblich höher: in Frankreich und der Schweiz, aber auch in Dänemark sind dies über 800 Euro pro Monat.

Die Gegenüberstellung von Studiengebühren und Lebenshaltungskosten (siehe Grafik unten: "Europäischer Vergleich: Was Studierende zahlen") zeigt, dass sich die Diskussion über Studiengebühren nicht unbedingt an den Tatsachen orientiert. In den meisten europäischen Ländern existieren bisher keine, beziehungsweise nur geringe Gebühren – umgerechnet unter 65 Euro pro Monat. Nur im Vereinigten Königreich, in der Schweiz und in den Niederlanden sind die Gebühren hoch. Dabei wird die Höhe der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten der Studierenden in der Diskussion oft vernachlässigt, obwohl diese Kosten weit über den eventuell anfallenden Studiengebühren liegen.



Der Preisvergleich lohnt sich für Studierende. Denn die Lebenshaltungskosten bilden meist den dicksten Brocken bei den Ausgaben.

Foto: Bühler

Wie viel Geld schießt der Staat im Einzelnen zu? In den europäischen Ländern herrscht das Modell der Zuschussförderung vor. Dabei spendiert der Staat Geld, das nicht zurückgezahlt werden muss. Alternativ oder auch ergänzend wird per Darlehen gefördert. Als Kennziffer für das Ausmaß der Leistungen dient die Gefördertenquote, also der Anteil der geförderten Studierenden an allen Studierenden in einem Land.

Was der Staat zahlt

Der Vergleich zeigt, dass in den nordischen Ländern und in den Niederlanden jeweils mehr als zwei Drittel aller Studierenden finanziell vom Staat unterstützt werden. Schweden fördert 67 Prozent der Studierenden im Land mit Zuschüssen. In Norwegen erhalten 69 Prozent aller Studierenden direkte staatliche Studienförderung, in Dänemark sogar 93 Prozent. In den Niederlanden sind nahezu alle Studierenden förderungsberechtigt und die große Mehrheit der Studierenden nimmt diese Berechtigung auch wahr. Hier wird, ähnlich wie in Norwegen, die staatliche Förderung als Darlehen vergeben, das, sofern die Studierenden bestimmte Studienleistungen erbringen, rückwirkend in einen Zuschuss umgewandelt wird.

In Westeuropa, also im Vereinigten Königreich und in Irland, werden 40 Prozent beziehungsweise 36 Prozent der Studierenden staatlich finanziert. Für das Vereinigte Königreich bezieht sich diese Zahl auf die Hauptform der direkten Studienförderung, das studentische Darlehen. In den mitteleuropäischen Ländern liegt die Gefördertenquote bei 15 bis 25 Prozent. In Spanien erhält, wie auch in Frankreich und Deutschland, etwa ein Viertel aller Studierenden vom Staat einen Zuschuss zum Lebensunterhalt. In Österreich und der Schweiz liegt der Anteil der geförderten Studierenden mit 17 Prozent beziehungsweise 15 Prozent leicht darunter. Dagegen werden in den beiden südeuropäischen Ländern Italien und Griechenland nur sehr wenige Studierende während ihrer Studienzeit durch staatliche Mittel unterstützt. Die Gefördertenquote beläuft sich hier auf sieben beziehungsweise lediglich ein Prozent.

Die staatliche Studienförderung gehört zu jenen Bereichen, in denen sich die höchste Heterogenität der Hochschulsysteme im westlichen Europa zeigt. Wir beobachten sehr unterschiedliche ordnungspolitische Vorstellungen über die Rolle der Studierenden und ihre Förderungserwartungen und -ansprüche. Im europäischen Vergleich finden sich vier Typen von Förderkonzepten:

Beim ersten Typ werden Studierende als »eigenverantwortliche Bürger« betrachtet, für die der Staat die

finanziellen Mittel zur Realisierung des Studiums weitgehend zur Verfügung stellt. Dies gilt vor allem für die nordischen Länder Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland.

Beim zweiten Typ der Förderkonzepte greift die staatliche Studienförderung als sozialstaatliches Korrektiv für den Fall, dass die Eltern die Studienkosten ihrer Kinder nicht oder nicht vollständig tragen können. Dies gilt insbesondere für die westeuropäischen Staaten, also für Irland und das Vereinigte Königreich, aber auch für Frankreich, Deutschland, Österreich und Belgien. Hier gelten Studierende als »heranwachsende Auszubildende«. Meist werden Studiengebühren verlangt, wobei den staatlich geförderten Studierenden ein Teil oder der gesamte Betrag der Gebühren erlassen wird.

Beim dritten Typ werden die Studierenden als »Kinder im Haus ihrer Eltern« betrachtet. Die Möglichkeit zum Studium ist in der Regel vollständig durch die Eltern zu sichern, der Staat bietet nur in seltenen Fällen besondere Hilfe für bedürftige Familien an. Dieses Modell findet sich weitgehend in den südeuropäischen Staaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland.

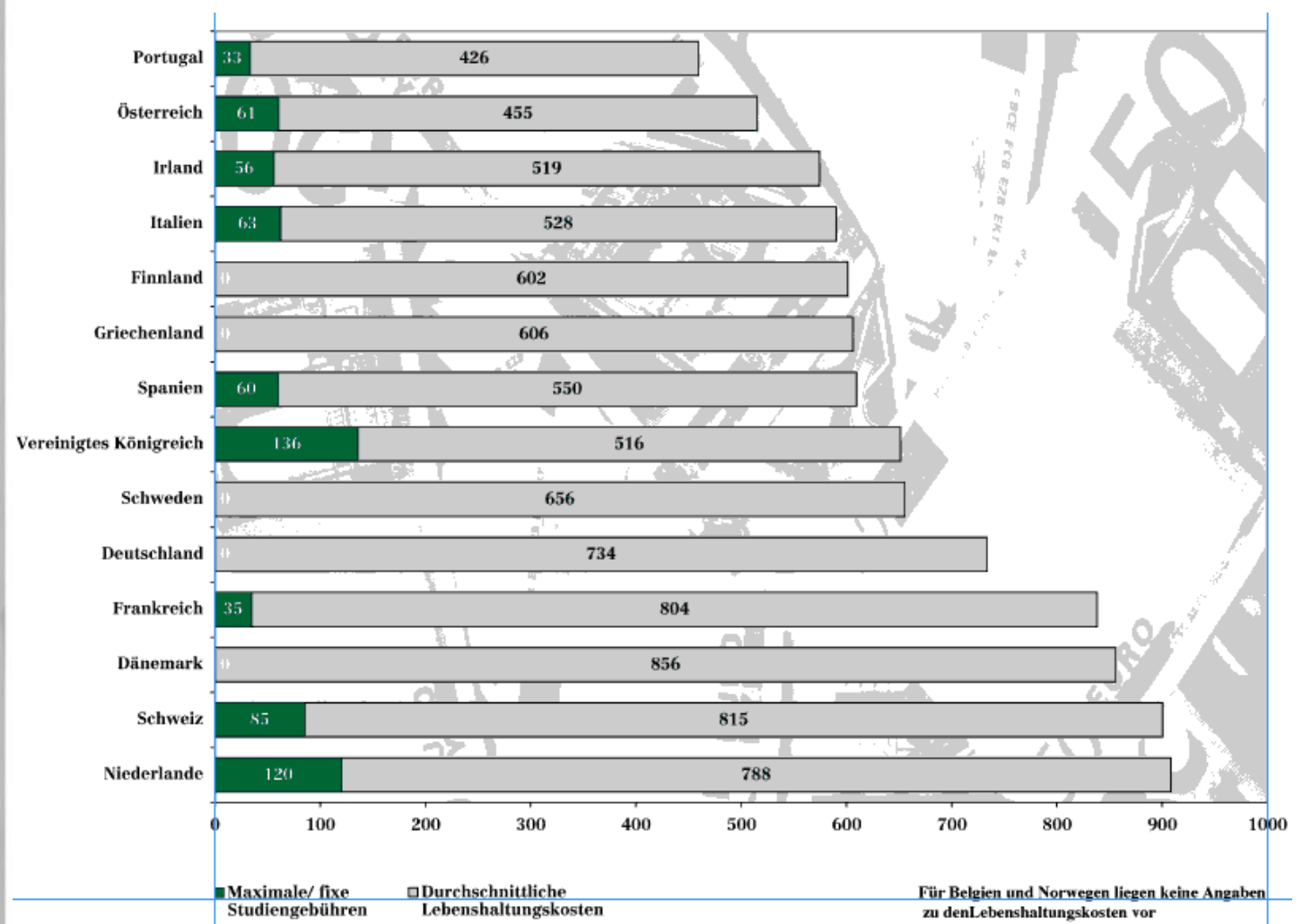
Der vierte Typ ist das Investormodell: Studierende werden als »Investoren« in ihre zukünftige Karriere gesehen. Der Staat erwartet von ihnen zum Teil erhebliche Eigenbeiträge. Vertreter eines solchen Investormodells sind das Vereinigte Königreich und die Niederlande.

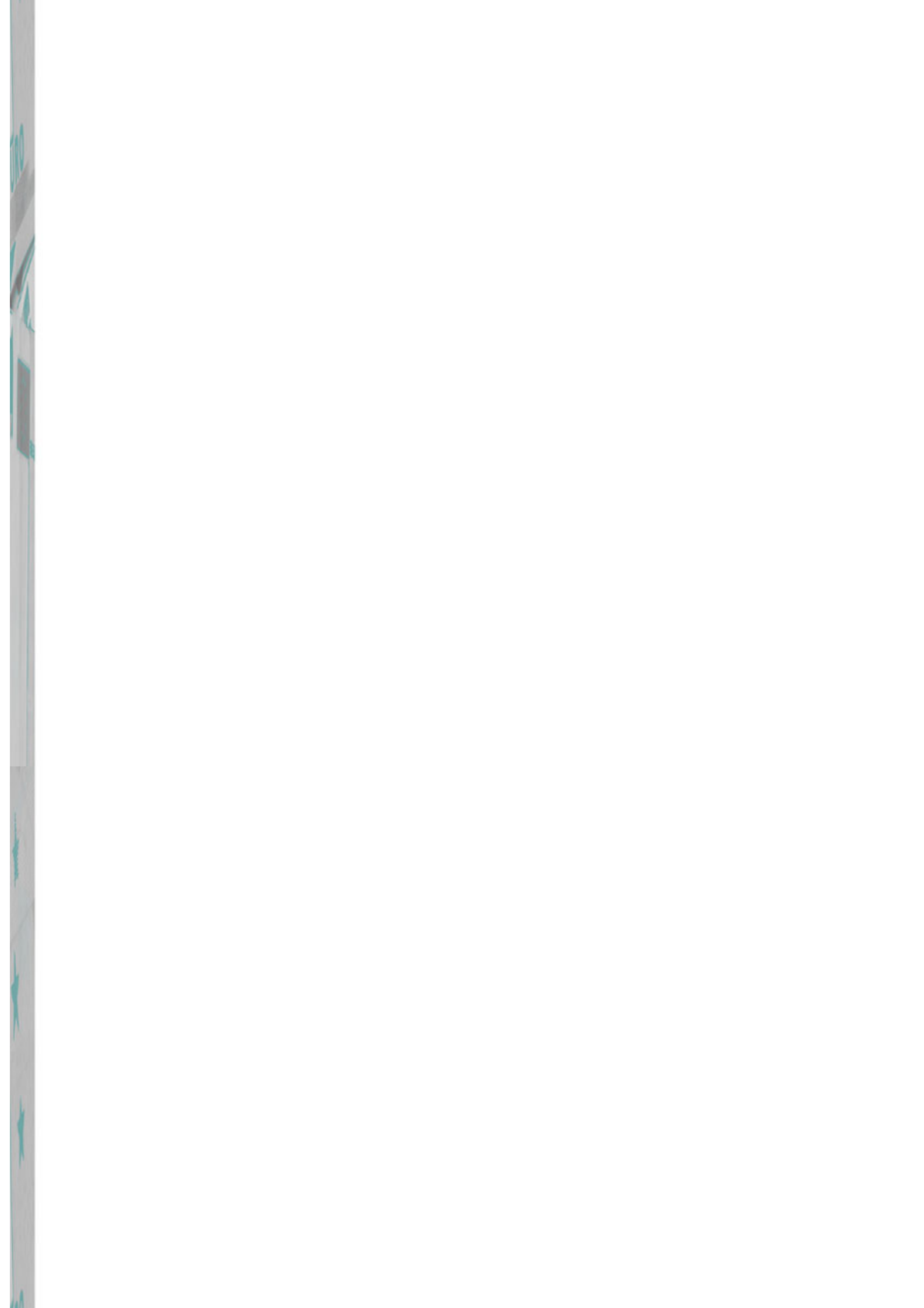
Die Ergebnisse der hier vorgestellten Untersuchung zeigen deutlich, dass weitaus mehr Vorsicht bei der Behauptung gemeinsamer Trends und gemeinsamer aktueller Politiken in den europäischen Ländern geboten ist, als wir das in den gängigen Diskussionen über das Für und Wider von Studiengebühren, Absolventensteuern und ähnlichen Themen beobachten können. Wir sehen in Europa ein Nebeneinander von verschiedenen ordnungspolitischen Vorstellungen, und es dürfte nicht überraschen, wenn vor dem Hintergrund der vielfältigen gesellschaftlichen Interessen und der Unsicherheit über staatliche Maßnahmen diese Mischlösungen in Zukunft noch häufiger würden.

Für den Hochschulraum Europa zeigt sich derzeit beim Thema Studienkosten und -finanzierung kein Ansatz in Richtung der »Einheitlichkeit in der Vielfalt«. Es steht – anders als die Frage der Kompatibilität der Studienstrukturen mit *bachelor* und *master* – derzeit nicht auf der politischen Agenda des zusammenwachsenden Europas, sondern wird unterschiedlich und bewusst autonom auf der nationalen Ebene geregelt.

Europäischer Vergleich: Was Studierende zahlen

(Beiträge pro Person und Monat in Euro)





Karrieresprungbrett für lästige Kostgänger?

Von Joachim Knappe

Ist die akademische Ausbildung eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe oder selbst zu finanzierender Garant für ein erfolgreiches Berufsleben? Der moderne Staat kann sich diese Alternative nicht leisten, ohne seine Zukunftsfähigkeit aufs Spiel zu setzen.



Universität als persönliches Karrieresprungbrett oder Ausbildungsort für Funktionseliten?

Foto: Schönbrunner

Aus einer Pressemitteilung: »Die baden-württembergische Landesregierung hat beschlossen, am 1. Oktober das Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu schließen. Einige verbleibende Abteilungen werden in andere Ministerien überführt, das übrige Personal wird frühpensioniert. Alle Hochschulen des Landes werden mit gleichem Datum einer »Universitäts-Treuhand« übergeben und alsbald zu Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Landesregierung zieht mit dieser Maßnahme die Konsequenzen aus den gewandelten Bildungsvorstellungen. Wie aus Regierungskreisen verlautet, seien Hochschulen heutzutage vornehmlich als Dienstleistungsbetriebe zur Vorbereitung der beruflichen Karriere ihrer Absolventen anzusehen. Unter dieser Voraussetzung könne das Land sich aus der Finanzierung und Organisation der Hochschulen zurückziehen und die Universitäten dem freien Markt zuführen.«

Diese Pressemitteilung ist natürlich fiktiv. Aber wird es sie in Zukunft auch nie so oder so ähnlich geben? Wer die aktuellen Diskussionen um die Hochschulen verfolgt, ist fast geneigt, daran zu

zweifeln. Aber nur fast. Denn auf der jüngsten Hochschulrektorenkonferenz hat Wissenschaftsminister Peter Frankenberg ein wichtiges Argument für das Festhalten am jetzigen System genannt: Aus rein ökonomischen Gründen nämlich lasse sich das staatliche Hochschulwesen Europas gar nicht auf ein privates umstellen. Unabhängig davon, ob man aus dieser Äußerung nun ein subtiles Bedauern oder befreites Aufatmen heraushören will, zeigt sie zweierlei. Erstens, wie sehr die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Hochschulen von ökonomischen Kategorien bestimmt wird, und zweitens, welch hohes defensives Argumentationsgeschick offenbar erforderlich ist, um diese einseitig wirtschaftliche Sichtweise auch nur für einen kurzen Moment zu durchbrechen.

Ein nachhaltigerer Durchbruch wäre nötig, um den Blick für übergeordnete Fragestellungen frei zu bekommen. Welche gesellschaftliche Rolle messen wir der Hochschulausbildung unter heutigen Bedingungen vernünftigerweise bei? Wo stehen die Hochschulen im Gefüge unseres Gemeinwesens? Solche grundsätzlichen Fragen müssen auf politischer Ebene diskutiert und beantwortet werden, bevor die Debatte sich in Kostenfragen festfährt. Dies nicht zuletzt, weil die Art und Weise ihrer Beantwortung eine große öffentliche Strahlkraft besitzt. Dabei steht außer Zweifel, dass die gesellschaftliche Rolle der Hochschule historisch wandelbar ist, ja sein muss. Zugleich aber stellt Wandel an sich noch kein Ziel dar. Als der Landesherr Graf Eberhard im Barte im Jahre 1477 die Universität Tübingen gründete, wollte er eine »Hohe Schule« einrichten, um die Ausbildung seiner Funktionseliten im eigenen Territorium zu sichern und zu kontrollieren.

Heute kann man bisweilen den Eindruck gewinnen, die Hochschulen würden von der Politik als ungeliebte, budgetär »mitgeschleppte« Landesinstitutionen und ihre Absolventen als lästige Kostgänger der Allgemeinheit begriffen. Dazu passt die radikale Forderung, der demokratische Staat solle sich aus den Bildungseinrichtungen wie Kindergarten, Schule und Hochschule möglichst ganz heraushalten und alles dem freien Spiel der Kräfte des Marktes überlassen, zumal das jetzige System Akademikern Karriere- und Einkommensvorteile verschaffe, für die diese keinerlei finanzielle Gegenleistung bringen müssten.

Prinzip der Gegenseitigkeit

Das stimmt zwar so nicht, ist aber bei uns mittlerweile öffentlich konsensfähig. Aufgrund dieses Neidaffekts scheint mir der Hinweis angebracht, dass ein Hochschulstudium bei uns bislang zwar gebührenfrei, aber keineswegs kostenlos ist. An manchen Standorten kann es leicht 40 000 Euro und mehr kosten. In den allermeisten Fällen wird dieses Geld von Eltern aufgebracht, die als Steuerzahler zur Finanzierung des Hochschulwesens ebenso beitragen wie zur Finanzierung von Kindergärten, Gymnasien oder Realschulen, die vielleicht gar nicht von ihren eigenen, sondern von den Kindern anderer Leute besucht werden. Das heißt: In unserem steuerfinanzierten Bildungssystem gilt grundsätzlich das Prinzip der Gegenseitigkeit. Der Friseur finanziert mit seinen – geringeren – Steuermitteln die Universität ebenso wie die Rechtsanwältin die Berufsschule.

Dies muss bedenken, wer mit bitterer Miene die angebliche soziale Übervorteilung der akademischen Ausbildung beklagt und lautstark möglichst hohe Studiengebühren fordert. Tatsache ist, dass ein Hochschulstudium vor dem Hintergrund der enger werdenden Arbeitsmärkte schon heute keine Karrieregarantie mehr darstellt. Viele Akademiker verdienen weniger als mancher Handwerksmeister, obwohl sie weitaus mehr Energie und Lebenszeit in ihre zuvor geleistete Hochqualifizierung investiert haben.



Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschule trägt auch Verantwortung für nicht wirtschaftlich relevante Wissensbereiche – wie ägyptologische Ausgrabungen: Löwengöttin Repit in Athribis.

Foto: Leitz

Beim Thema »Studiengebühren« ist daher – wie bei allen Ausbildungsgebühren – so lange für politische Sensibilität zu werben, wie unsere Gesellschaft ein Interesse an gut ausgebildetem Fachpersonal auf allen Ebenen hat. Denn Studiengebühren können das Ausbildungs-Reziprozitätsprinzip, also das Gegenseitigkeitsprinzip der Bildungsfinanzierung, dann aus dem Gleichgewicht bringen, wenn durch sie die Attraktivität des Studiums so stark sinkt, dass wir nicht mehr genug Akademiker auch für die mittleren Positionen im Gemeinwesen rekrutieren können. Dieses Ungleichgewicht müsste dann konsequenterweise wieder durch Ausbildungsgebühren für Nichtakademiker ausgeglichen werden. Wollen wir das?

Wenn an einer Gebührenfinanzierung schon kein Weg vorbei führt, dann sollten diese Gebühren wenigstens so gestaltet werden, dass sie keine Studienhürde darstellen. Denn vor dem Hintergrund schrumpfender Arbeitsmärkte kann für den angehenden Akademiker aus einem vermeintlich renditestarken Investment schnell eine risikoreiche Hypothek auf die eigene Zukunft werden. Hat diese Hypothek auch noch den Beigeschmack einer zusätzlichen Sondersteuer, ist volkswirtschaftlich mehr verspielt als gewonnen.

Das Stichwort Volkswirtschaft führt zurück zu Graf Eberhard. Er hatte kein Problem damit, die ökonomische Belastung des Staatshaushaltes, die durch den politischen Akt der Gründung einer Landesuniversität ausgelöst wurde, damit zu rechtfertigen, den tatsächlichen Bedarf an Führungs- und Funktionseleiten im Gemeinwesen besser decken zu können. Ist es auch heute noch berechtigt, das Hochschulwesen in diesem Sinne als staatliche Gemeinschaftsaufgabe zu definieren und zu erhalten – mit allen entsprechenden Konsequenzen? Oder sind die damaligen Gründe für eine staatliche Bindung der Universität heute weggefallen?

Ich meine, es gibt nach wie vor gute Gründe für eine staatliche Bindung der Hochschulen. Wenn der Staat (als politische Einheit) ein Interesse daran hat, möglichst gut ausgebildete Kräfte für das gesamte Gemeinwesen hervorzubringen, dann sollte ihm auch an gut ausgebildeten Akademikern gelegen sein, eben weil es Bereiche gibt, die nicht anders als akademisch zu versorgen sind. Rein pragmatisch gesehen kommt heute kein Land mehr ohne eine auf hohe, einheitliche Standards festgelegte Expertenkultur aus. Im Widerstreit der etatistischen und privatistischen Radikalpositionen um die zukünftige Finanzierung des Hochschulwesens plädiere ich daher für eine ruhige und vernünftige Abwägung aller Argumente.

Wenn wir uns umschauen, sehen wir, dass staatliche Hochschulsysteme zu jedem modernen Land der Welt gehören. Ihr Nutzen ist selbst dort unbestritten, wo es eine weit ausgedehnte

private Hochschullandschaft gibt. Für den Erhalt des staatlich finanzierten Systems sprechen dessen geringere Krisen- und Konjunkturabhängigkeit in Forschung und Lehre, die Betreuung vielfältiger, auch wirtschaftlich uninteressanter, aber kulturell oder sozial unverzichtbarer Forschungs- und Ausbildungsbereiche, seine größere Kontinuität und sein »langer Atem« bei der Grundlagenforschung, staatliche Steuerungsmöglichkeit bei politisch erwünschten, aber ökonomisch (noch) nicht attraktiven Optionen in Forschung und Lehre sowie bei der Festlegung von Qualifikationsstandards, die Sicherung der akademischen Flächenversorgung und vieles mehr.

Ohne weiteres lässt sich die akademische Ausbildung unter die Staatsziele eines demokratischen Gemeinwesens subsumieren. Dies legt auch unser Grundgesetz nahe. Deshalb kann sich der Staat nicht aus diesem Bereich zurückziehen oder ausschließlich wirtschaftliche Maßstäbe gelten lassen. Im Gegenteil, er muss dafür sorgen, dass auf allen Bildungsebenen optimale Einrichtungen zur Verfügung stehen und dass diese immer besser werden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip könnte diese Aufgabe zwar an private Unternehmen delegiert werden. Der Staat kann sich aber nicht der Aufsicht entledigen, auch wenn diese unter Umständen nur im Schaffen und Durchsetzen juristischer Rahmenbedingungen und Standards besteht.

Die in der Diskussion um die Finanzierung der Hochschulausbildung oft dominierende radikale Zuspitzung auf die Alternative »privat oder staatlich« ist daher weit überzogen. Diese Alternative kann sich der moderne Staat, so lange er einen tatsächlichen Bedarf an Führungskräften und Funktionseliten hat, gar nicht leisten, ohne seine Zukunftsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Die Frage muss vielmehr lauten, ob die Bundesländer weiterhin aus voller Überzeugung auf die etatistisch fundierten, wenn auch in die autonome Selbstverwaltung entlassenen Landesuniversitäten setzen sollen, oder ob sie auf diesem Gebiet dem Subsidiaritätsprinzip Vorrang einräumen sollen. Letztlich ist dies keine Frage der Ausschließlichkeit, sondern des rechten Augenmaßes.

- Startseite
- Editorial
- Topthema
- Bildthema
- Forschung
- Studium & Lehre
- Unikultur
- Portrait
- Unigeschichte
- Unibund

Professorenschreibtische

Fotos: Bühler, Haas

Paul Bons, Strukturgeologie



Nicholas Conard, Ältere Urgeschichte und Quartärökologie



Ingrid Hotz-Davies, Englische Philologie



Thomas Schäfer, Klassische Archäologie



Eberhard Schaich, Statistik und Ökonometrie





Paul Bons, Strukturgeologie



Nicholas Conard, Ältere Urgeschichte und Quartärökologie



Ingrid Hotz-Davies, Englische Philologie



Thomas Schäfer, Klassische Archäologie



Eberhard Schaich, Statistik und Ökonometrie

- Startseite
- Editorial
- Tophthema
- Bildthema
- Forschung**
- Studium & Lehre
- Unikultur
- Portrait
- Unigeschichte
- Unibund

Punktmännchen laufen über den Bildschirm

Der VW-Nachwuchsforscher Martin Giese untersucht die Koordination von komplexen Bewegungen

[weiter](#)



Wenn sich die Geister »verdichten«

Der Einfluss des Spiritismus auf die literarische Moderne: Tübinger Germanisten schließen Forschungsprojekt ab

[weiter](#)

Hilfe für absturzgefährdete »Akrobaten«

Tübinger Erziehungswissenschaftler untersuchten Qualität von Modellprojekten

[weiter](#)



Forschen statt feiern

Viele Mediziner müssen ihre wissenschaftliche Arbeit in der knappen Freizeit machen

[weiter](#)



EURO
EXPERIMENT

Punktmännchen laufen über den Bildschirm

Der VW-Nachwuchsforscher Martin Giese untersucht die Koordination von komplexen Bewegungen



Beim Gehen auf dem Laufband wird die Aktivität verschiedener Muskeln aufgezeichnet (oben). Für die Analyse wird der Proband zum Stolpern gebracht. Eine spezielle Haltevorrichtung verhindert, dass er dabei hinfällt.

Komplexe Bewegungen haben es Dr. Martin Giese angetan. Nicht nur, dass er selbst Sportarten wie Jiu-Jitsu, Taekwondo und Karate betreibt. Vor allem erforscht der 38-Jährige komplexe Bewegungen aus wissenschaftlicher Sicht. Studiert und seine Doktorarbeit über neuronale Netze angefertigt hat der Elektrotechnik-Ingenieur mit Vordiplom in Psychologie an der Universität Bochum. Vom berühmten US-amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat ihn dann 2001 ein Stipendium der Volkswagen-Stiftung nach Deutschland zurückgelockt. Er leitet seither im Förderprogramm »Nachwuchsgruppen an Universitäten« eine eigene Arbeitsgruppe am Hertie-Institut für klinische Hirnforschung der Universität Tübingen. Das Kernthema »komplexe Bewegungen« umfasst eine erstaunliche Breite: Geforscht wird an Patienten, die durch Störungen im Kleinhirn Probleme bei der Koordinierung von Bewegungen haben, an einem elektronischen Kampfrichter für Taekwondo-Wettkämpfe, an der dynamischen Gesichtererkennung wie auch an den Lernprozessen bei der Erkennung komplexer Bewegungen. Schließlich sind die in virtuelle Figuren übersetzten menschlichen Bewegungen auch für Animationen in Computerspielen oder Filmen interessant.

»In der hiesigen Klinik werden zum Beispiel eine Reihe von Patienten behandelt, die an genetisch bedingten degenerativen Erkrankungen des Kleinhirns leiden. Die Ursache ihrer Störung ist relativ klar definiert. So finden wir in Tübingen genügend Probanden für unsere Untersuchungen«, erklärt Gieses Mitarbeiter, der Informatiker Dr. Winfried Ilg. Einige Patienten gehen bei diesen Untersuchungen im Hertie-Institut auf einem Laufband, während mittels der so genannten Elektromyografie von zahlreichen Muskeln die elektrische Aktivität abgeleitet wird. Zusätzlich werden die Bewegungen mit einem hochgenauen Aufnahmesystem registriert.

»Untersucht wird zum Beispiel, wie gut Patienten, die durch eine Störung zum Stolpern gebracht wurden, ihren normalen Gangrhythmus wiederfinden«, erklärt Giese. »Neben dem steifen Gang von Parkinsonpatienten nehmen wir die Bewegungen von gesunden Probanden auf. Den Computer lassen wir dann Mischformen dieser typischen Gangarten berechnen, um leichter ausgeprägte Bewegungsstörungen zu simulieren.« Ob mit solchen Verfahren die Früherkennung etwa einer beginnenden Parkinsonerkrankung möglich ist, kann man allerdings seriös erst nach der Durchführung einer Langzeitstudie behaupten, sagt Giese. Auch soll das Verfahren zur Bewegungsanalyse helfen, verschiedene Störungen des an der Bewegungskoordination beteiligten Kleinhirns genauer zu identifizieren.

Auch von Karate- und Taekwondo-Kämpfern wurden Bewegungssequenzen aufgenommen. Verschieden erfahrene Sportler, vom Anfänger bis zum Schwarzgürtel-Meister, haben dazu eine so genannte »Form«, eine feste Folge von Techniken, ausgeführt. Ein von der Gruppe entwickeltes Computerprogramm kann anhand der Bewegungen feststellen, welchen Gürtelgrad ein Kämpfer hat. »Wir wollen mit diesem System einen elektronischen Kampfrichter realisieren, der die Qualität und womöglich auch ästhetische Dimensionen von Karatetechniken objektiver erfasst als menschliche Beobachter. Dazu müssen wir allerdings klären, welche Beurteilungskriterien von menschlichen Kampfrichtern wirklich mathematisierbar sind«, sagt Giese. Die Trainer zeigen sich an dem Projekt sehr interessiert. Schließlich könnte man mit Hilfe der Elektronik die Kämpfer anonymisieren und Voreingenommenheit ausschalten.

»Ein Teil meiner Arbeitsgruppe macht klassische Hirnforschung. Dort wird untersucht, wie die visuelle Wahrnehmung komplexer Bewegungen funktioniert. Möglicherweise werden die zugrunde liegenden visuellen Merkmale einfach gelernt. Solche Lernprozesse scheinen erstaunlicherweise gleich gut für natürliche Bewegungen und für synthetische Bewegungsmuster zu funktionieren, die biologisch überhaupt keine Relevanz haben«, so Giese.

Wie viele junge Wissenschaftler plagten die begeisterten Forscher, die in ihren Projekten auch mit den Tübinger Max-Planck-Instituten und bekannten Arbeitsgruppen im In- und Ausland zusammenarbeiten, Zukunftssorgen. »Durch die weltfremde Begrenzung auf zwölf Jahre Beschäftigung an deutschen Unis im neuen Hochschulrahmengesetz müssten meine Mitarbeiter und ich unmittelbar nach dem VW-Stipendium einige der raren Professuren ergattern. Leider werden die in Deutschland häufig weniger aufgrund von wissenschaftlicher Qualifikation als aufgrund der »Passung« in klassische Kerngebiete vergeben. Trotz offizieller Bekenntnisse zur Interdisziplinarität ist da jemand, der an einer neurologischen Klinik theoretische Neurowissenschaft betreibt, extrem schlecht platziert«, bemerkt Giese. Er ist jedoch zuversichtlich, notfalls nach Abschluss des VW-Stipendiums als Professor an eine gute ausländische Universität wechseln zu können.

JE

Wenn sich die Geister »verdichten«

Der Einfluss des Spiritismus auf die literarische Moderne: Tübinger Germanisten schließen Forschungsprojekt ab

»Abgesehen von dem Reiz des Geheimnisvollen haben die Gebiete des Spiritismus für mich eine bedeutsame Anziehungskraft«, schrieb der Dichter Rainer Maria Rilke 1897 an einen der führenden Theoretiker der Bewegung, Carl du Prel (1839-1899). Damit war er nicht allein, denn die Geisterseherei mit ihren Praktiken war in der Zeit zwischen 1880 und 1930 ein beliebtes Gesellschaftsspiel, das von einigen herausragenden Vertretern, wie zum Beispiel du Prel oder dem Arzt Albert von Schrenck-Notzing (1862-1929), sogar mit wissenschaftlichem Eifer betrieben wurde.

In speziell arrangierten Sitzungen (»Seancen«) versuchte man, Kontakt zu Verstorbenen aufzunehmen, die auch regelmäßig aus der Geisterwelt auftauchten: in Form von aus Wänden reichenden Händen, indem sie Tische und Stühle in Bewegung versetzten oder beim »automatischen Schreiben« auf Fragen eines »Mediums« Antwort gaben. Man glaubte, dass sich die Geister von Verstorbenen oder noch nicht geborenen Menschen unter bestimmten Voraussetzungen im Diesseits »verdichten« könnten, und versuchte, dies mit Hilfe von Fotos zu »beweisen«. »Der Spiritismus befriedigte das Bedürfnis der Menschen nach metaphysischem Trost in einer Zeit, die vom wissenschaftlichen Positivismus geprägt war«, erklärt Georg Braungart, Professor für Neuere deutsche Literatur am Deutschen Seminar in Tübingen.

Durch die Beschäftigung mit Rilkes Biographie wurde er vor einigen Jahren auf das Thema aufmerksam. Daraus entstand ein jetzt zu Ende gebrachtes Drittmittelprojekt, das mit 100.000 Euro von der »Fritz Thyssen Stiftung« von 2002 bis 2004 gefördert wurde. Im Laufe des Jahres soll die dazugehörige Dokumentation im Tübinger ATTEMPTO-Verlag erscheinen. Unter dem Titel »Spiritismus und ästhetische Moderne – Berlin und München um 1900« zeige die Arbeit erstmals die »personellen Vernetzungen und motivischen Dimensionen« von literarischer Moderne und Spiritismus, so Braungart.

Das Werkzeug zur Untersuchung der Einflüsse der Geistergläubigkeit auf die zeitgenössische Literatur und Poetik stammt aus der Kulturanalyse und Philologie: Die Tübinger Germanisten recherchierten in Literaturarchiven, werteten Briefe und Zeitungsartikel aus und gewannen dadurch Einblick in Verbindungen der spiritistischen zur literarischen Szene der damaligen Zeit. Dabei stellte sich heraus, dass neben Rilke auch Franz Werfel, Alfred Döblin, Theodor Fontane oder Thomas Mann Anteil an der weitverbreiteten Geisterseherei nahmen. So waren beispielsweise Mann und Rilke bei derselben spiritistischen Sitzung in München bei Schrenck-Notzing anwesend. Die Wirkung dieser Beschäftigung war auf beide allerdings recht unterschiedlich, wie Georg Braungart weiß. Während sich Thomas Mann eine ironische Distanz bewahrte, wurde Rilkes gesamte Poetik spiritistisch geprägt: »Für Rilke ist das Gedicht die Materialisierung des Spirituellen«, erklärt der Literatur-Professor mit der selbst bekundeten »Vorliebe für skurrile Themen«.

Auf die Recherche folgte schließlich die Textanalyse. Sie machte den philologischen Anteil der Forschungsarbeit aus. Dabei zeigte sich, dass spiritistische Glaubenssätze und Praktiken durchaus Eingang in die Ästhetik repräsentativer literarischer Werke fanden, etwa in Manns »Zauberberg« (1924) oder in Rilkes »Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge« (1910). In dem Einakter »Lydia und Mäxchen« (1906) von Alfred Döblin, zum Beispiel, beleben sich Tisch und Schrank. In Thomas Manns Erzählung »Der Kleiderschrank« (1899) führt dessen Tür geradewegs ins Jenseits. Rilkes Nähe zum Spiritismus zeigt sich beispielsweise in »Sonette an Orpheus« (1923), die er quasi als »Medium« und ähnlich wie in der spiritistischen Technik des »automatischen Schreibens« im Februar 1922, innerhalb von wenigen Tagen, zu Papier brachte.

Was ist das Resümee des germanistischen Ausflugs in die Geisterwelt? »Das Bild der literarischen Moderne muss revidiert werden: Was bislang als rein säkulares Phänomen interpretiert wurde, ist ganz stark von der Kultur des Spiritismus durchsetzt«, fasst Georg Braungart zusammen.

FÖR

Hilfe für absturzgefährdete »Akrobaten«

Angebote der Jugendhilfe aus Sicht der Betroffenen: Tübinger Erziehungswissenschaftler untersuchten Qualität von Modellprojekten



Die Schlägerei auf dem Schulhof als Möglichkeit, »Dampf« abzulassen: Jugendliche in extremen individuellen und sozialen Problemlagen stehen stark unter Druck und brauchen professionelle Hilfe.

Foto: Haas

Dass Jugendliche ab und zu »Mist bauen«, ist normal. Manche tun das aber ziemlich oft: Ihre Lebenssituation ist extrem belastend, sie stehen stark unter Druck und suchen nach einer Möglichkeit, »Dampf« abzulassen. Ohne professionelle Unterstützung von außen ist die Gefahr groß, dass diese jungen Menschen früher oder später in der Strafjustiz oder Psychiatrie landen. Deshalb brauchen sie »erzieherische Hilfe«, müssen also zum Beispiel in Wohngruppen oder Heimen untergebracht und speziell betreut werden. 2003 gab es allein in Baden-Württemberg mehr als 3000 »junge Menschen in extremen individuellen und sozialen Problemlagen«, die Angebote der Jugendhilfe in Anspruch nahmen.

Diese Angebote sind vielfältig. Aber wie steht es um ihre Qualität? Wie kann die Unterstützung durch professionelle Sozialarbeiter noch besser an die Bedürfnisse der betroffenen Klientel angepasst werden? Diese Fragestellung stand hinter einem Forschungsprojekt des Tübinger Instituts für Erziehungswissenschaft. Im Auftrag des baden-württembergischen Sozialministeriums begleiteten die Tübinger von März 2001 bis April 2004 sieben Modellprojekte im Rahmen des Förderprogramms »Sozialisations- und Erziehungshilfen für junge Menschen in extremen individuellen und sozialen Problemlagen«.

Typische altersbedingte Probleme

Neu am Ansatz der Tübinger Wissenschaftler: Sie wendeten sich gezielt an die betroffenen Jugendlichen, die bereits Erfahrungen mit Angeboten der Jugendhilfe gemacht hatten: »Wir wollten wissen, wie sie diese Angebote in ihre Biografien einbauen«, erklärt Dr. Eberhard Bolay,

der zusammen mit Prof. Hans Thiersch und Prof. Maria Bitzan das Projekt leitete. Unter dem Stichwort »Adressatenforschung« sollten die Jugendlichen selbst zu Wort kommen: In biografisch orientierten Interviews, die teilweise auch von Studierenden geführt wurden, erzählten sie von ihrem Leben und was sie von der ihnen angebotenen Hilfe hielten.

Es zeigte sich, dass die Jugendlichen bei aller Individualität doch mit ähnlichen, für ihr Alter typischen Problemen zu kämpfen hatten: Mit dem Ende der Pflicht-Schulzeit kommen sie in eine Umbruchsituation. Ein Ausbildungsplatz muss gefunden werden, die Loslösung vom Elternhaus und die Partnersuche stehen an. Das weitere Leben will geplant sein. Fällt dabei die elterliche Unterstützung aus oder sind die Jugendlichen im Gegenteil durch die Verhältnisse im Elternhaus zusätzlich belastet, klappt das nicht besonders gut. Als Beispiele nennt Eberhard Bolay eine unglückliche Scheidung der Eltern, Geldknappheit, bildungsferne Elternhäuser und zu wenig Kompetenz, sich Hilfe zu verschaffen. Es kommen immer mehrere Dinge zusammen. »Diese Jugendlichen sind teilweise echte »Akrobaten« und extrem absturzgefährdet«, beschreibt der Erziehungswissenschaftler deren Versuche, ihr Leben in den Griff zu bekommen.

Die »Bewältigungsstrategien«, die sie dabei verfolgen, bringen sie nur noch in größere Schwierigkeiten: Drogenmissbrauch, auffälliges Verhalten wie mit dem Kopf gegen die Wand schlagen, im Heim immer wieder einen Rauswurf provozieren, sind nur einige Beispiele dafür. Das Ziel aller professionellen Maßnahmen ist deshalb, den Jugendlichen zu helfen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, sinnvolle Lösungsstrategien zu finden. Allerdings gibt es dafür kein Patentrezept.

Das bestätigen auch die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt der Erziehungswissenschaftler. Es zeigte sich, dass es den Jugendlichen nichts bringt, wenn sich die Hilfe lediglich auf eines ihrer Probleme konzentriert. Sie brauchen breite Unterstützung, um die Herausforderungen des Erwachsenwerdens zu meistern. Eberhard Bolay: »Die Fixierung auf einzelne Themenfelder, wie zum Beispiel die Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder die Verbesserung der Wohnsituation allein reicht nicht aus: Wir müssen sehr breit ansetzen und brauchen langfristige, flexible und individuell angepasste Arrangements aus einer Hand.«

Dabei müssen die professionellen Hilfen auch die Fähigkeiten des Einzelnen erkennen und fördern. Solche Hilfe ist ein Balanceakt: »Die Jugendhilfe muss dabei das Netz sein, das die Jugendlichen auffängt«, bleibt der Erziehungswissenschaftler im Bild.

FÖR

Forschen statt feiern

Viele Mediziner müssen ihre wissenschaftliche Arbeit in der knappen Freizeit machen



An Schlaf ist noch lange nicht zu denken: Wenn die Patienten versorgt sind, fängt die Forschungsarbeit erst an.

Foto: Haas

Wer in der Medizin Karriere machen will oder sich einfach für die Wissenschaft interessiert, schließt an das Studium, die Doktorarbeit und die Staatsexamina eine Ausbildung zum Facharzt an, am liebsten an einer Universitätsklinik. Je nach angestrebter Spezialisierung bedeutet das durchschnittlich fünf bis sechs Jahre Weiterbildung als Assistenzarzt. Doch mit wissenschaftlicher Arbeit sieht es in dieser Zeit inzwischen schlecht aus. Die Forschung, die laut Vertrag ein Viertel der regulären Arbeitszeit ausmachen sollte, muss bis zum Feierabend verschoben werden. Und der fängt spät genug an. Dr. Hagen Schiffbauer, Dr. Peter Weyrich und Dr. Frank Mayer, Assistenzärzte an der Universitätsklinik in Tübingen, nennen viele Gründe, warum sie zwangsläufig zu Feierabendforschern geworden sind. Als riesigen Zeitfresser haben die Ärzte die Gesundheitsreform mit den Fallpauschalen ausgemacht. Vereinfacht gesagt erhält die Klinik dabei für einen Patienten mit einer bestimmten Erkrankung jeweils den gleichen Betrag von der Krankenkasse – egal, ob der Patient zwei Tage oder wegen Komplikationen acht Wochen in der Klinik verbringt. »Um das auszugleichen, werden die Fallzahlen gesteigert. Doch gleichzeitig müssen pro Patient immer mehr Untersuchungen gemacht werden – zum einen als Effekt der modernen Medizin, aber auch, weil die Patienten immer älter und kränker sind«, erklärt Weyrich. Zudem sei der Dokumentationsaufwand immens gestiegen: »Bereits nach wenigen Tagen in der Klinik ist eine Patientenakte heute mehrere Zentimeter dick.«

Schlechte Bedingungen

Die Fallpauschalen seien für Krankenhäuser der Grundversorgung und für Universitätskliniken identisch, sagt Schiffbauer: »Aber ins Tübinger Uniklinikum kommen schwierige Fälle, die andere nicht behandeln können oder wollen. Das resultiert in einer Unterfinanzierung der Unikliniken, und es wird immer kritischer.« Früher seien Ärzte noch längere Zeit für Forschungsarbeiten von der Patientenversorgung freigestellt worden, sagt Mayer: »Doch das ist kaum mehr möglich.« Die

Mediziner wollen keine Missverständnisse aufkommen lassen. »Wir sind uns keineswegs zu schade dafür, wie Kollegen anderer Fakultäten auch abends zu forschen. Aber so, wie es jetzt läuft, sind wir international nicht konkurrenzfähig«, sagt Weyrich. Das liege zudem daran, dass auch das Land spart und das Forschungsumfeld immer schlechter wird. »Seit kurzem sind viele, zum Teil sehr wichtige Fachzeitschriften für uns nicht mehr online zugänglich. Und die Bibliothek hat geschlossen, bis wir uns an die Forschung machen.«

Die Mediziner haben zum Beispiel in den USA und in Finnland ganz andere Erfahrungen gemacht: Dort ist ein Online-Zugang zur Fachliteratur selbstverständlich, für die Forschung erhalten Assistenzärzte eine Freistellung von einem Jahr bis hin zu professioneller Unterstützung beim Stellen von Forschungsanträgen, um Drittmittel einzuwerben. »Auch bei der nationalen Forschungsförderung werden bei uns die Mittel zunehmend verknappt. Als Mitarbeiter in der Forschung kann man sich zum Beispiel kaum mehr Doktoranden leisten. Außerdem gibt es in Deutschland nichts Vergleichbares zur »study nurse« in den USA, die einen College-Abschluss mitbringt und viel Arbeit bei klinischen Studien übernehmen kann. Hier muss ein Arzt das selbst machen. All diese Mängel verschärfen den Trend zur Feierabendforschung«, sagt Mayer.

Um sich in der Medizin zu habilitieren, muss man den Grundstock für die Forschung in der Assistenzzeit legen. Die Habilitation habe bei ihnen eine etwas andere Bedeutung als in anderen Fächern, erklärt Schiffbauer. Viele habilitierten sich nicht, um langfristig eine Hochschulkarriere zu verfolgen, sondern um die finanziell interessantere Position eines Chefarztes angeboten zu bekommen. »Das Paradoxe ist sowieso, dass der Titel eines Privatdozenten zur Lehre ermächtigt, er aber durch Forschung erarbeitet werden muss. Letztlich gebraucht wird er schließlich für das Fortkommen in einer klinischen Karriere«, sagt Mayer.

Die drei Tübinger Ärzte glauben, dass Deutschland neben der Finanzmisere auch durch strukturelle Mängel bei der medizinischen Forschung in vielen Bereichen längst ins Hintertreffen geraten ist. »In Deutschland gibt es nur wenige, national koordinierte Studien. Man muss aber heute mit Patientenzahlen bis zu 15 000 Teilnehmern arbeiten, um international konkurrenzfähige Ergebnisse zu erhalten«, erklärt Weyrich. Auch in Europa fehle eine entsprechende zentrale Institution, sagt Schiffbauer: »Obwohl in den USA noch viel mehr Föderalismus herrscht als bei uns, werden klinische Studien dort ganz bewusst zentral organisiert, am *National Institute of Health*.«

Trotz aller Missstände würden die Ärzte die Forschung nicht ganz von der Patientenversorgung abtrennen wollen. »Eine zeitliche Trennung, eine Modulstruktur mit Freistellungszeiten für die Forschung wäre besser. Denn zwischen den Bereichen Klinik und Forschung ergeben sich ja auch Synergismen«, sagt Weyrich. Zu ihren eigenen Wochenarbeitszeiten nennen die Mediziner lieber keine Zahlen. Denn wie auch andere Wissenschaftler haben sie noch ein weiteres Gebiet zu bewältigen: die Lehre. Was die an Zeit kostet und was dort zu verbessern wäre, das ist noch einmal ein Kapitel für sich.

JE

- Startseite
- Editorial
- Topthema
- Bildthema
- Forschung
- Studium & Lehre
- Unikultur
- Portrait
- Unigeschichte
- Unibund

Auseinandersetzung mit Kneipp, Akupunktur und Misteltherapie

Neue Vorlesungsreihe beleuchtet Nutzen von Naturheilverfahren in der Schulmedizin

[weiter](#)



Die Gerüchteküche brodelt

Diskussion um Studiengebühren verunsichert ausländische Studierende

[weiter](#)



Mit »tuevalon« geht's ohne Papier

Tübinger Mediziner evaluieren per Internet – Preise für die besten Dozenten

[weiter](#)



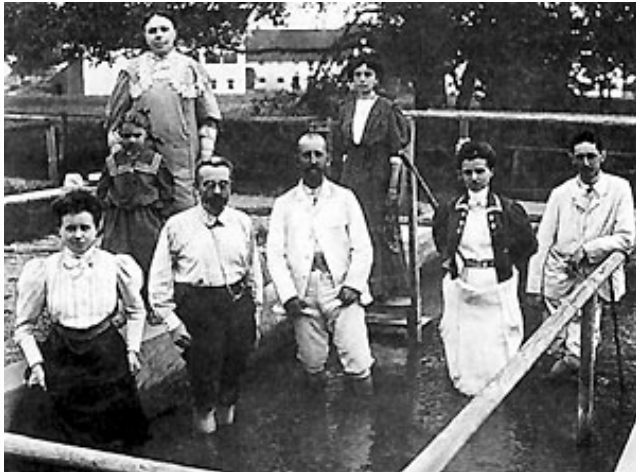
Zeit für den Abschied

Universitäre Rituale (7): Die Rückmeldung

[weiter](#)

Auseinandersetzung mit Kneipp, Akupunktur und Misteltherapie

Neue Vorlesungsreihe beleuchtet Nutzen von Naturheilverfahren in der Schulmedizin



Kalte Güsse und Wassertreten: Die Anwendungen von Sebastian Kneipp, dem Erfinder der Hydrotherapie, sind bis heute bekannt, finden aber erst jetzt Eingang in die Medizinerausbildung.

Die Kommilitonen in Dillingen hielten den jungen Sebastian Kneipp (1821-1897) wohl schlichtweg für einen »Spinner«. Nachts schleicht er sich aus dem Priesterseminar, badet in der eiskalten Donau oder überschüttet sich mit Wasser aus einer Gießkanne. Aber der Erfolg gibt dem Studenten Recht: Er kuriert sein schweres Lungenleiden und gilt dank seiner »Kneipp'schen Güsse« fortan als Mitbegründer der Hydrotherapie, die die Anwendung von Wasser als Abhärtungs- und Heilmittel propagiert. Trotz dokumentierter Heilungserfolge muss sich Kneipp den Vorwurf »Scharlatan« gefallen lassen. Von der ansässigen Ärzteschaft wird er sogar der Kurpfuscherei beschuldigt. Man glaubte nicht daran, dass der Organismus eines Menschen aus eigener Kraft und mit den eigenen Möglichkeiten wieder gesund werden könne.

Mehr als 200 Jahre später hat sich das einst so gespannte Verhältnis zwischen der universitär geprägten »wissenschaftlichen Medizin« und alternativen Heilweisen gewandelt. Und zwar zugunsten der so genannten Erfahrungsmedizin. Immer mehr Menschen suchen im Krankheitsfall Hilfe bei Ärzten, die ihnen naturheilkundliche Behandlungsmethoden anbieten. »Patienten verbinden mit diesen Verfahren oft die Vorstellung einer sanfteren Medizin im Sinne von »viel Wirkung, wenig Nebenwirkungen«, erzählt Dr. Manfred Eissler, Lehrbeauftragter für Allgemeinmedizin an der Universität Tübingen. Und auch unter den Medizinstudenten wächst das Interesse an wissenschaftlich fundierten Informationen über diese Methoden. Seit vergangensem Wintersemester thematisiert deshalb eine neue Vorlesungsreihe für Studierende und Ärzte die Anwendungsmöglichkeiten von Naturheilverfahren in der Medizin und bindet damit die alternativen Verfahren erstmals systematisch als Wahlpflichtveranstaltung in die Medizinausbildung ein.

Hilft Johanniskraut bei Depressionen? Ist die Misteltherapie ein Mittel, um Krebs zu bekämpfen? Schützt Vitamin C tatsächlich vor Erkältungen? Die Themen der Vorlesung wie Akupunktur, Hypnose, Bäderkunde, Phytotherapie sowie eine an Naturheilkunde orientierte Ernährungswissenschaft stehen in einem interessanten Spannungsfeld pragmatischer Medizin und ideologischer Einschätzung: Zum Teil gelten heute viele Verfahren als medizinisch anerkannt, zum Teil erregen sie aber nach wie vor die Bedenken der »Schulmedizin«, die vorwiegend nach wissenschaftlicher Evidenz sucht. »Nur für wenige Methoden ist die Wirksamkeit bislang

wissenschaftlich nachgewiesen«, erklärt Dr. Michael Datz, Präsident der Bezirksärztekammer Südwestfalen. »Die Vorlesung ist der Versuch einer wertneutralen Darstellung der Möglichkeiten und Grenzen zugleich. Auch wenn es bislang nicht einmal eine Annäherung in der Frage gibt, welche Methoden unter dem Begriff Naturheilverfahren zu subsumieren sind.«

»Mir ist es wichtig, in meiner Ausbildung mehr über alternative medizinische Therapieverfahren und ganzheitliche Behandlungsmethoden zu erfahren und diese Verfahren auch angemessen beurteilen zu können«, sagt ein 25-jähriger Medizinstudent, der regelmäßig die Vorlesung besucht. »Dafür sind 45 Minuten Vorlesungszeit allerdings sehr knapp berechnet.« Auch wenn sich die Vorträge in erster Linie an Studierende und Ärzte wenden, finden sich in den Vorlesungen zahlreiche interessierte Zuhörer, die die Themen aus rein privatem Interesse verfolgen. »Man hört und liest immer so viel – und auch so viel Gegensätzliches über Naturheilverfahren«, klagt eine 65-jährige Rentnerin, »da ist man dankbar, wenn ein wenig Ordnung in das Informationschaos im Kopf gebracht wird.«

AE

Die Gerüchteküche brodelt

Diskussion um Studiengebühren verunsichert ausländische Studierende



Kathryn Pooley, Studentin im Master-Kurs »Applied Environmental Geoscience«, sieht der Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen mit Skepsis entgegen.

Foto: Seifert

»Ich war geschockt, als ich das erste Mal von Studiengebühren hörte, denn ich glaube, dass das gebührenfreie Studium ein spezielles Merkmal Deutschlands ist. Wenn ich vorher gehört hätte, dass Studiengebühren eingeführt werden, hätte ich mir überlegen müssen, ob ich hier studieren kann.« Das sagt die Chinesin Yuan Xue, 22, Absolventin der Beijing Union University im Fach Angewandte Chemie. Sie ist im ersten Semester im Tübinger Master-Kurs »Applied Environmental Geoscience« (AEG) des Instituts für Geowissenschaften eingeschrieben. Der Aufbaustudiengang, der innerhalb von zwei Jahren zum Erwerb des Masterabschlusses führen soll, besteht seit sechs Jahren. Im letzten Jahr bewarben sich 200 Bewerber aus der ganzen Welt um 25 Studienplätze. Nach Ansicht des Kurs-Koordinators Dr. Peter Merkel wird diese Zahl bei Einführung von Studiengebühren zurückgehen, möglicherweise sogar die Zahl der Einschreibungen sinken. Da viele hochqualifizierte Bewerber aus Afrika oder Asien kämen, sei es wichtig, dass das Studium in Deutschland auch für sie bezahlbar bleibe.

Kontraproduktiv zum Marketing

Was bedeutet die Einführung von Studiengebühren für ausländische Studenten? Diese Frage wurde in der Diskussion bisher eher vernachlässigt. Vor allem die Folgen für speziell auf Studenten aus dem Ausland ausgerichtete internationale Aufbaustudiengänge sind unklar. Gleichzeitig werden in Baden-Württemberg insbesondere vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst große Anstrengungen unternommen, um mehr Studenten aus dem Ausland für ein Studium an heimischen Universitäten zu begeistern. Ob die zurzeit herrschende Diskussion diesem Ziel dient, darf bezweifelt werden.

Die Kanadierin Kathryn Pooley, 24, wie Yuan Masterstudentin im ersten Semester, hat an der University of Alberta Umwelttechnik studiert. Sie schätzt das deutsche Hochschulsystem: »Als ich zuerst hörte, dass es in Deutschland keine Studiengebühren gibt, konnte ich es kaum glauben. Ich habe sehr viel Respekt vor diesem System. Es besitzt eine hohe Integrität, denn es gibt mir die Gewissheit, dass meine Kommilitonen nur aus einem Grund hier studieren, nämlich weil sie qualifiziert sind.« Ihre chinesische Kommilitonin Han Jing, 24, die an der Beijing University Umwelttechnik studiert hat, meint: »In meinem Land werden Studiengebühren erhoben. Wer eine sehr gute Note im Examen erreicht, braucht aber nicht zu zahlen. Ich glaube, dass es eine falsche Entscheidung ist, in Deutschland von allen Studenten Studiengebühren zu verlangen. Dadurch wird es zu Ungerechtigkeiten kommen.«

Ein großes Problem ist für Peter Merkel, dass er potenziellen Bewerbern zurzeit keine Auskunft darüber geben kann, ab wann Gebühren fällig werden und wie viel es sein wird. »Wir brauchen eine gewisse Sicherheit. Wir können nicht auf der einen Seite Studenten einladen, zu uns zu kommen, und auf der anderen Seite außerstande sein, Informationen über die anfallenden Kosten zu geben.«

Bisher gibt es kein Finanzierungssystem für Aufbaustudiengänge dieser Art. Angesichts dessen, dass nur 25 bis 30 Prozent der Bewerber Stipendien erhalten, finanzieren viele Aufbaustudenten das Studium komplett selbst. Insbesondere Studenten aus Schwellen- und Drittweltländern haben aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten in Deutschland ohnehin schon ein sehr knappes Budget. Sie müssten zur Finanzierung von Studiengebühren nebenher jobben, manche könnten das Studium überhaupt nicht mehr finanzieren.

Axel Markert, Leiter des Dezernats für Internationale Beziehungen, hofft, dass Austauschstudenten keine Studiengebühren zahlen müssen: »Bisher ist zwischen den Partneruniversitäten vereinbart, dass jeder Student nur an seiner Heimatuniversität Gebühren zahlt. Dies ist besonders wichtig für das Studium deutscher Studenten an den 50 bis 60 Partneruniversitäten in den USA, die normalerweise sehr hohe Studiengebühren verlangen.« Sollten Austauschstudenten an deutschen Universitäten zukünftig zahlen müssen, würde diese Vereinbarung hinfällig. Laut Markert hat Rektor Eberhard Schaich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst schon auf dieses Problem aufmerksam gemacht.

AK

Mit »tuevalon« geht's ohne Papier

Tübinger Mediziner evaluieren per Internet – Preise für die besten Dozenten



Vorlesungen für Medizinstudenten gibt es auch heute noch nach traditionellem Muster. Doch evaluiert wird die Lehre inzwischen auf modernen elektronischen Wegen.

Foto: Grohe

Bei allen Diskussionen um Forschung, wissenschaftliche Hochleistungszentren und Wissenschaftseliten wird oftmals vergessen, dass die Universität als Hoch-»Schule« in ihren Studierenden die wesentliche Existenzberechtigung findet. Dass es noch immer »eine gewisse Geringschätzung der Lehre« an deutschen Hochschulen gibt, räumt sogar das »Ministerium für Wissenschaft und Kunst« (MWK) in seinem Internet-Auftritt ein. Diese bedenkenswerte Aussage wird unter anderem mit der »Tradition der deutschen Universitätsausbildung« begründet. Während in der Forschung bereits etablierte Parameter über gute und schlechte Leistung entscheiden, scheint eine vergleichbare Methodik für die Messung von Lehrleistung in weiter Ferne.

Auch die Tübinger Prorektorin Barbara Scholkmann sieht die flächendeckende Evaluation der Lehre als wesentlichen Faktor für Verbesserung an, weist jedoch gleichzeitig auf noch verbreitete grundsätzliche Vorbehalte an der Tübinger Universität hin. Großes Engagement und exzellente Leistung vieler Hochschullehrer werden an den allermeisten Orten kaum honoriert, beispielsweise durch Veröffentlichung guter Bewertungen oder Verleihung von Urkunden und Lehrpreisen. »Es existiert vielerorts kein Bewusstsein, das gute Lehre fördert und adäquat belohnt, so dass man sich nicht wundern darf, wenn Dozenten nicht immer genügend motiviert sind«, sagt Stefan Arbeiter, ehemaliger Tübinger Fachschaftsvertreter mit dem Themenbereich Lehre. Und tatsächlich ist herausragende Lehre für die Dozenten kaum ein Karrierebonus.

Nicht jeder Wissenschaftler ist automatisch ein guter Lehrer oder Didakt, kann sich aber nach Belieben weiterbilden – zum Beispiel durch den Besuch eines Kurses im Tübinger »Hochschuldidaktikzentrum«. An der Medizinischen Fakultät geht man im Rahmen einer »Qualitätssicherung in der Lehre« noch einen Schritt weiter: Angehende Habilitanden müssen einen speziellen Kurs des »Kompetenzentrums für Hochschuldidaktik in der Medizin« belegen, um sich so wenigstens didaktische Grundfähigkeiten anzueignen.

Selbst wenn eine Evaluation der Lehre gewünscht wird, stellt das regelmäßige Bedrucken, Verteilen, Einsammeln und Auswerten von Papierfragebögen einen immensen personellen und finanziellen Aufwand dar. Abhilfe kann beispielsweise ein System für Online-Evaluation schaffen, wie es zur Zeit an der Medizinischen Fakultät Tübingens im Einsatz ist. Es verzichtet ganz auf

Papier und funktioniert stattdessen per Internet und E-Mail. Etwaige Schwächen papiergebundener Evaluation – die aufwendige manuelle Auswertung der Papierbögen, das häufige Erfassen einer »Selektion« von Studierenden am Ende einer Veranstaltungsreihe zum Beispiel – können mit einem solchen System umgangen werden.

Die Tübinger Medizinische Fakultät arbeitet seit anderthalb Jahren unter Leitung der Fachschaft mit der Online-Evaluation. Alle curricularen Lehrveranstaltungen werden erfasst, sodass nicht weniger als 50 000 Fragebögen elektronisch verschickt werden. Am Ende jedes Semesters erscheint als Broschüre ein Ranking der besten 50 Prozent der Veranstaltungen – nach Studienabschnitten gegliedert. Im Rahmen einer Preisverleihung werden die Gewinner geehrt. Am 16. Dezember 2004 gab es bereits zum dritten Mal eine »tuevalon«-Preisverleihung: um die Bedeutung der Lehre zu unterstreichen, extra im Festsaal der »Neuen Aula«. Als Preise erhielten die besten Dozenten eine Krawatte mit dem Tübinger Universitäts-Logo.

Bei der Online-Evaluation geht es nicht allein um die technische Datenerhebung. Das eigentliche Ziel ist die Schaffung eines neuen Bewusstseins für Lehre und der Versuch, einen Diskurs über gute Lehre zu initiieren, bei dem Dozierende aufeinander zugehen, sich motiviert der Lehre widmen und dafür Anerkennung bekommen.

Daniel Habermehl und Christoph Zrenner

Zeit für den Abschied

Universitäre Rituale (7): Die Rückmeldung

Sie wurde ganz unauffällig abgeschafft: Seit Anfang des Jahres gibt es keine »Rückmeldung« mehr. Im neuen Landeshochschulgesetz wird dieses vertraute universitäre Ritual regelrecht »totgeschwiegen«: »aus Gründen der Deregulierung und Verfahrenserleichterung« wird in Zukunft darauf verzichtet, wie es von Seiten des Wissenschaftsministeriums heißt: »Studierende, die die jeweils fälligen Gebühren und Abgaben fristgerecht pro Semester bezahlt haben, behalten ihren mitgliedschaftsrechtlichen Status bei und können ganz normal ihr Studium fortsetzen« – die gute alte Rückmeldung auf einen schnöden Bezahlvorgang zurückgestutzt!

Sprung aus dem Fenster

Aber das ist nur das Endstadium eines schon länger währenden traurigen Abschieds, der sich mit einem besonders einschneidenden Schritt bereits Ende der 70er-Jahre ankündigte: der Abschaffung der »persönlichen« Rückmeldung zum Wintersemester 1979/80. Übrig blieb nur ein schlichter »Antrag auf Rückmeldung«, verbunden mit dem Krankenversicherungs- und Zahlungsnachweis. Damit war der direkte Draht zwischen Student und Sachbearbeiter schlagartig gekappt. Zuvor konnten interessierte Verwaltungsmitarbeiter noch direkt aus den bei der Rückmeldung vorzulegenden »Belegplänen« entnehmen, wie es um ihren Schützling bestellt war – fleißig oder faul? Im direkten Gespräch tauschte man sich mindestens zweimal im Jahr darüber aus, ob er vielleicht nebenher »jobbte« oder endlich eine neue Bude gefunden hatte – Adressenänderung!!

Die »persönliche« Rückmeldung war also ein arbeitsintensiver Prozess, der bis zu sechs feste Mitarbeiter der Verwaltung und zwischen drei und vier studentische Hilfskräfte über mehrere Wochen in Atem hielt. Von ihnen wurde in den 70er-Jahren voller körperlicher Einsatz verlangt, waren sie es doch, die den Ansturm der begeisterten Menge in ihrer Vorfreude auf das kommende Semester parieren mussten. Ausgestattet mit Namenslisten, Matrikelnummern und Stempel nahmen sie in der Halle der »Neuen Aula« jede persönliche Rückmeldung erfreut zur Kenntnis und streikten, wie sich Wolfgang Notz, damals als Hilfskraft mit an der Front, erinnert, lediglich einmal: Beim Vorschlag von Verwaltungsseite, zur Vereinfachung des Vorgangs, Hüte mit der Aufschrift »A bis K« und »L bis Z« aufzusetzen.

Das waren noch bewegte Zeiten, und die studentische Kundschaft nicht immer einfach: »Manche haben grundsätzlich Aufstand gemacht«, erinnert sich Manfred Beierl, der von 1977 an die Studentenabteilung leitete. Aufstand machten sie auch beim »Rückmeldeboykott« im Wintersemester 76/77, feierten »Boykott-Feste« in der Mensa, bei denen das »Linksradikale Blasorchester« den Hauptsong des Widerstands gegen die Erhebung von »Ersatzgeldern« in die Welt hinaus posaunte. Im Refrain »Theis, Theis, Theis, der Winter, der wird heiß«, manifestierte sich der Durchhaltewillen der rund 2000 Beteiligten musikalisch. Seine körperliche Komponente zeigte sich bei einer Sitzblockade vor den Diensträumen des Studentensekretariats, wodurch die Mitarbeiter gezwungen waren, ihren Feierabend mit einem Sprung aus dem Fenster zu beginnen. Oder bei der Demonstration durch Tübingen, bei der 12 000 Studierende ihren Unmut öffentlich machten.

Sicherlich sind durch solche Vorfälle die Beziehungen zwischen studentischer Klientel und Verwaltung schwer belastet worden. Kein Wunder also, dass der Vorgang der Rückmeldung von Verwaltungsseite weiter abgespeckt wurde: Im Wintersemester 96/97 durften die Studierenden nicht mal mehr einen Antrag auf Rückmeldung stellen und auch für den Krankenversicherungsnachweis interessierte man sich nur noch bei »Neueinschreibern«. Dafür war die Prozedur auch noch teurer geworden: An die Stelle der vor dem Verwaltungsgerichtshof gescheiterten »Rückmeldegebühr« trat ab dem Wintersemester 2003/04 der »Verwaltungskostenbeitrag« von 40 Euro. Zusammen mit dem Studentenwerksbeitrag kostet der Spaß, auf dessen Namen nun auch noch verzichtet werden muss, im Moment stattliche 102 Euro pro Semester.

Fazit: Es ist Zeit für den Abschied von einem Ritual, das – durch die starke Betonung seiner materiellen Komponente und von Staats wegen verordneten Namenlosigkeit – seinen Reiz längst verloren hat.

FÖR

1935 zum ersten Mal

An der Universität Tübingen taucht die Pflicht zur Rückmeldung erstmals im Wintersemester 1935 auf. Dabei wurde überprüft, ob alle »politischen Verpflichtungen« wie »Arbeitsdienst« oder »Landeinsatz« erfüllt waren. Ferner legten die Nationalsozialisten Höchstzulassungszahlen für Studierende fest. Durch die Rückmeldung ließ sich feststellen, wie viele Studierende an der Universität waren. Vor Einführung der Rückmeldepflicht schrieben sich die Studenten in Belegungslisten für Veranstaltungen ein. Wer nirgends eingetragen war, wurde aus der Liste der Studierenden gestrichen.

- [Startseite](#)
- [Editorial](#)
- [Tophema](#)
- [Bildthema](#)
- [Forschung](#)
- [Studium & Lehre](#)
- [Unikultur](#)
- [Portrait](#)
- [Unigeschichte](#)
- [Unibund](#)

Lebendige Kulisse für einen Tag

Für den Film »Requiem« feierten 80 Komparsen im Clubhaus eine Party im Stil der 70er-Jahre

[weiter](#)



Von der Unterrichtsanstalt zum Alterssimulator

Das Tübinger Universitätsklinikum feiert sein 200-jähriges Bestehen.

[weiter](#)



Musikalisches Mammutprojekt gegen den Krieg

Universitätsmusikdirektor Tobias Hiller präsentiert Britten's »War Requiem«

[weiter](#)



Tübinger im Wortgefecht führend

Der studentische Debattierclub »Streitkultur e.V.« hält sogar einen Weltrekord

[weiter](#)



Lebendige Kulisse für einen Tag

Für den Film »Requiem« feierten 80 Komparsen im Clubhaus eine Party im Stil der 70er-Jahre



Drehort Clubhaus: Schauspieler und Statisten auf einer Zeitreise in die 70er-Jahre.

Foto: Haas

Im Tübinger Clubhaus, nach 21 Uhr – der siebte Take der Szene: Eine junge Frau mit Pagenschnitt und kurzem Rock steht in der Mitte der Tanzfläche. Zögerlich beginnt sie sich im Takt der Musik zu bewegen. Aber dann scheint sie das Lied in seinen Bann zu ziehen, sie tanzt immer ekstatischer. Der Blick aus den halb geschlossenen Augen ist der Welt entrückt. Was um sie herum geschieht, nimmt sie nicht mehr wahr. Sie wirft ihre Hände in die Luft und lacht. Der Song ist jetzt zu ihrem Lied, zu ihrer persönlichen Botschaft, geworden. »Danke, das reicht«, schallt es Sekunden später durch den Raum. Regisseur Hans-Christian Schmid, der für seine Filme »Lichter«, »23« und »Crazy« mehrfach ausgezeichnet wurde, ist dieses Mal zufrieden, die nächste Einstellung kann gedreht werden.

Bier und Schmalzbrote

Der Film »Requiem« erzählt die fiktive Geschichte einer jungen Tübinger Studentin in den 70-er Jahren. Sie glaubt sich von Dämonen besessen und unterzieht sich freiwillig einem Exorzismus. Am heutigen Drehtag ist für Michaela, gespielt von Nachwuchsschauspielerin Sandra Hüller, die Welt jedoch noch in Ordnung. Zusammen mit ihrer Freundin geht sie auf eine Erstsemesterparty und lernt dort ihren neuen Freund kennen. Den ersten Kuss der Frischverliebten gibt es an diesem Abend auch und zwar standesgemäß auf dem Balkon des Clubhauses – Romeo und Julia lassen grüßen.

Damit der Handlungsort echt wirkt, wurde das Clubhaus von der Filmcrew im 70er-Jahre-Stil rekonstruiert: Die weißen Wände des Flurs sind rot-braun überstrichen. Plakate aus dem Jahr 1973 fordern, alle Strafverfahren gegen antiimperialistische und kommunistische Studenten und Dozenten einzustellen. An der Theke wird Bier, Marke »Schönbuchbräu Pils«, für 80 Pfennige verkauft und gegen den »kleinen Hunger« gibt es Schmalzbrote, das Stück zu jeweils 50 Pfennigen.

Rund 80 Komparsen wurden für den Drehtermin gecastet, fast alle Studenten aus Tübingen und Umgebung, wie die Regieassistentin Friederike Jehn erzählt. »Entscheidendes Kriterium war für uns das Alter der Komparsen und die Länge ihrer Haare.« Wer Klamotten aus den 70er-Jahren besaß, durfte diese anziehen, ansonsten bot die Requisite auf drei Kleiderstangen alles auf, was dem damaligen Modetrend entsprach: giftgrüne Blusen, quietschgelbe Pullunder, Hornbrillen, lila Hemden mit Spitzkragen, Miniröcke sowie Schlaghosen aus Cord oder Jeans.

Entgegen dem verbreiteten Klischee vom »nur blöd im Bild rumstehen« fanden sich die Komparsen vor manch schauspielerischer Herausforderung. Da stellte sich beispielsweise die Frage, wie man eigentlich in den 70er-Jahren getanzt hatte. Wurde zu dieser Zeit noch getwistet? War ein Tanzstil à la John Travolta in? Die Aushilfsschauspieler bekamen nur ein paar Takte eines Lieds zu hören und mussten dann ohne Musik weiter tanzen, damit der Dialog der Hauptdarsteller am Rand der Tanzfläche aufgenommen werden konnte. »Das war echt schwierig«, klagt eine 22-jährige Studentin. »Viele von uns haben begonnen, das Lied weiterzusummen. Das wurde aber von der Regie untersagt.«

Nach einem Drehtag von mehr als elf Stunden sind die Komparsen erschöpft, viele von ihnen frustriert. »Am quälendsten ist die Warterei zwischen den Einstellungen. Die Füße tun weh, die Kleidung kratzt und der Take muss oft wiederholt werden«, klagt eine Soziologiestudentin und meint: »Jeder, der Schauspieler werden möchte, sollte sich erst als Komparsen ausprobieren.« Hier stimme doch das Preis-Leistungs-Verhältnis überhaupt nicht, beschwert sich ein Student. Für so viele Stunden nur 40 Euro zu bekommen, sei eine Schweinerei. Andere werten den Tag jedoch als positive Erfahrung. »Es ist doch interessant, mal aus nächster Nähe hinter die Kulissen zu blicken«, findet eine junge Frau, »schade, dass es in der Filmindustrie keinen Preis für die besten Statisten gibt. Den hätten wir heute bestimmt verdient.«

AE

Von der Unterrichtsanstalt zum Alterssimulator

Das Tübinger Universitätsklinikum feiert sein 200-jähriges Bestehen



Am 13. Mai 1805 gründete Prof. Ferdinand Authenrieth das Tübinger »Universitäts-Clinicum« in der Alten Burse. Dieses Ereignis feiert das Universitätsklinikum mit den Jubiläumswochen vom 16. April bis 15. Mai 2005. Außerdem soll eine Festschrift erscheinen, die die 200-jährige wechselhafte Geschichte des Klinikums erzählt sowie den heutigen Klinikalltag in einer Fotoreportage zeigt.

Nach der Gründung 1805 mit 15 Betten stand für lange Zeit der Unterricht der Medizinstudenten im Vordergrund. Die Statuten der Klinik besagten noch bis 1923, dass nur Patienten, die »dem Unterrichtszwecke dienlich sind«, aufgenommen werden sollten. Gesellschaftliche Schichtzugehörigkeit prägte die damalige Einstellung zum Patienten. Nach Ansicht des Gründers sollten »nur honette Frauen in die geburtshülfliche Abteilung zum Gebären kommen«. Dies war natürlich nicht der Fall, da die hilfsbedürftigen Frauen, vor allem solche mit unehelichen Kindern, überwiegend aus ärmsten und gesellschaftlich verachteten Schichten kamen.

Immer mehr Patienten

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bis hinein in die 1920er-Jahre wurden im Zuge von medizinischem Fortschritt, gesellschaftlichen Veränderungen und steigenden Patienten zahlen viele neue Kliniken gegründet. Sie bilden die heutigen Kliniken im Tal. In der Zeit des Nationalsozialismus, dem dunkelsten Kapitel des Klinikums, begingen auch Tübinger Ärzte Verbrechen, wie beispielsweise Zwangssterilisationen zur »Verhütung erbkranken Nachwuchses«. Nach 1945 reichte der Platz in der Stadt bald nicht mehr aus, deshalb wurde 1961 die Medizinische Klinik auf dem Schnarrenberg eingeweiht.

Die Jubiläumswochen bieten die Möglichkeit, das heutige Universitätsklinikum in seiner gesamten Bandbreite zu erleben: An zwei Tagen können interessierte Besucher hinter die Kulissen der Kliniken auf dem Schnarrenberg und der Kliniken im Tal blicken. Beim Tag der offenen Tür der Kliniken Tal am 24. April bietet beispielsweise die Tagesklinik Wielandshöhe die Gelegenheit, in einem »Alterssimulator« am eigenen Leibe zu erfahren, wie es ist, alt zu sein. Am 1. Mai kann man beim Tag der offenen Tür der Kliniken Berg unter anderem eine Demonstration der

Notfallversorgung im Tübinger »Emergency Room« erleben oder anhand von realitätsnahen Modellen selbst operieren.

Die Medizinische Fakultät veranstaltet zum ersten Mal eine »Lange Nacht der Wissenschaften«. Am 7. Mai sind fachlich interessierte Laien und Schüler von 18 bis 24 Uhr eingeladen, in abendlichen Parcours auf dem Schnarrenberg die verschiedenen Forschungseinrichtungen sowie aktuelle Forschungsprojekte der Kliniken und Institute kennen zu lernen. Unter anderem kann man die »Wahrheit über das Lügen« erfahren, etwas über die Entwicklung von Impfstoffen lernen oder sich visuelle Täuschungen demonstrieren lassen. Gleichzeitig läuft eine lange Filmnacht mit Filmen zu verschiedenen wissenschaftlichen Themen.

Weitere Programmpunkte sind ein Patiententag des Tumorzentrums zum Leben mit Krebs, themenbezogene Stadtführungen und ein »Jubiläums-Mittwoch-Nachmittag« für niedergelassene Ärzte zum Thema Transplantationsmedizin. Der offizielle Festakt der Universität mit geladenen Gästen findet am 12. Mai statt. Zum Abschluss wird im Alten Botanischen Garten vom 13. bis 15. Mai ein Fest mit Live-Musik und Kinderprogramm gefeiert. Bei der offiziellen Festeröffnung am 13. Mai um 17 Uhr sollen auch ein »Jubiläumsbaum« gepflanzt und alle aktuellen Lehrstuhlinhaber der Medizinischen Fakultät auf einem Erinnerungsfoto verewigt werden.

AK

Weitere Informationen zum Jubiläumsprogramm gibt es im Internet unter

www.medizin.uni-tuebingen.de.

Ein gedruckter Veranstaltungskalender sowie die Festschrift können per Telefon unter 07071/29-83660, per Fax unter 07071/29-4545 oder per E-Mail unter

[oeffentlichkeitsarbeit \[at\] med.uni-tuebingen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit[at]med.uni-tuebingen.de)

angefordert werden. Am Besuch der »Langen Nacht der Wissenschaften« interessierte Schulklassen werden bis zum 30. April 2005 um Voranmeldung unter 07071/29-75205 gebeten.

Musikalisches Mammutprojekt gegen den Krieg

Universitätsmusikdirektor Tobias Hiller präsentiert Brittens »War Requiem«



Drei Chöre, zwei Orchester, drei Solisten und eines der größten Oratorien des 20. Jahrhunderts – mit der Aufführung von Benjamin Brittens monumentalem *War Requiem* hat sich Universitätsmusikdirektor Tobias Hiller viel vorgenommen. Die Umsetzung des Werks aus dem Jahre 1961 ist Hillers bisher größtes Projekt. Die Kraft und Aktualität der Komposition haben es dem Musiker angetan.

Gleich zweifach beschäftigt sich das Stück mit dem Thema Krieg. Zum einen verarbeitet es Gedichte des englischen Lyrikers Wilfred Owen (1893-1918), die die Schrecken des Ersten Weltkriegs aus seiner persönlichen Erfahrung als Soldat beschreiben. Des Weiteren hat Britten das *War Requiem* zur Einweihung der wiederaufgebauten Kathedrale von Coventry komponiert, die im Zweiten Weltkrieg durch deutsche Luftangriffe zerstört worden war. Damit ist das Werk von vornherein für die Aufführung in einem großen Bau konzipiert. Hiller ist daher gespannt, wie das Klangerlebnis in der Tübinger Stiftskirche ausfallen wird.

Drei Klangebenen, drei Ensembles

»Das *War Requiem* ist eine Mischung aus Totenmesse, Oratorium und Liederzyklus«, erklärt der Dirigent. Drei Klangebenen, gespielt von drei Ensembles, werden miteinander verschränkt; erst in der Schlussapotheose treffen alle zusammen. Tübingen hat sich zur Realisierung des Projekts für Hiller insofern angeboten, als ihm hier sowohl Chor als auch Orchester zur Verfügung stehen. Für weitere Unterstützung ist er den Chorleitern Matthias Hanke aus Sindelfingen und Ingo Bredenbach von der Tübinger Hochschule für Kirchenmusik dankbar: Den Part der Totenmesse übernehmen der »Akademische Chor Tübingen« zusammen mit der Sindelfinger »capella nuova« und einer Solosopranistin. Es spielt das »Akademische Orchester«, das allerdings noch durch zusätzliches Schlagwerk aufgestockt werden muss. Tenor und Bariton präsentieren Owens

Kriegslyrik, untermalt vom Kammerorchester der »Sinfonietta Tübingen«. Den musikalischen Hintergrund bildet der Gesang der Kinderchöre aus Tübingen und Sindelfingen mit Orgelbegleitung. Insgesamt sind somit mehr als 250 Musiker an dem Mammutprojekt beteiligt.

Nach Benjamin Britten's Anspruch sollte ein unmittelbarer Zugang zu seinem Werk gegeben sein. So kommt auch im *War Requiem* die unbedingte pazifistische Intention des Komponisten deutlich zum Ausdruck. Ursprünglich hatte Tobias Hiller daher auch gehofft, das Werk schon im vergangenen Jahr am geschichtsträchtigen 9. November vorzustellen. »Eine Aufführung des *War Requiem* ist mit so viel Aufwand verbunden, da muss es schon einen Anlass geben«, meint der Universitätsmusikdirektor. Trotzdem haben sich seine Pläne geändert: Dank seiner Kontakte und etwas Glück steht das *War Requiem* nun im Juli als Eröffnungskonzert beim renommierten Europäischen Kirchenmusikfestival in Schwäbisch Gmünd auf dem Spielplan. Damit ist auch die Finanzierung des Projektes gesichert.

Wenn im April die Proben beginnen, rechnet Hiller dennoch mit Problemen. Vor allem der Transport von Musikern und Instrumenten zwischen Tübingen und Sindelfingen muss bewältigt werden. Bereits im Januar hatte Hiller dafür 25 Busfahrten gebucht.

Auf künstlerischer Ebene beschäftigt er sich schon seit anderthalb Jahren mit dem Werk und setzt sich mit der Partitur auseinander. »Das ist für meine Verhältnisse schon ungewöhnlich lang«, kommentiert er deren Komplexität. Hiller schätzt an Britten's Komposition dessen Sinn für Dramaturgie und eindrucksvolle Effekte. Dem Einwand mancher Musikkritiker, im *War Requiem* würde die traditionsreiche Totenmesse in der Kombination mit Owens Kriegslyrik regelrecht missbraucht, kann er nicht zustimmen. »Gerade durch das unmittelbare Nebeneinander der nüchternen, in ihrem Ablauf streng festgelegten Messe und der sehr persönlichen, emotionalen Gedichte entsteht ein effektiver Kontrast«, so Hiller.

Ganz besonders schwärmt er von der zentralen Passage des »Libera Me«. Dem langsamen Aufbau von Klangvolumen und Tempo folgt ein plötzlicher Bruch mit achtfacher Geschwindigkeitsreduzierung: »Das ist, als ob man 200 fährt und dann versuchen würde, in den zweiten Gang zu schalten«, begeistert sich der Dirigent. Es bleibt zu hoffen, dass das *War Requiem* nicht nur ein großes, sondern auch ein großartiges Ereignis wird.

TS

Aufführungstermine

**9.7. Sindelfingen, 10.7. Tübingen,
16.7. Schwäbisch Gmünd**

**Solisten sind Gerlinde Sämann (Sopran),
Andreas Weller (Tenor) und Sebastian
Noack (Bariton).**

Tübinger im Wortgefecht führend

Der studentische Debattierclub »Streitkultur e.V.« hält sogar einen Weltrekord



Über das Thema »Brauchen wir eine Bildungsreform?« ließ sich 2002 in Tübingen weltrekordmäßig lang streiten.

Foto: Grohe

»Doch nicht etwa Tübingen?« – Wenn auf einem studentischen Debattierturnier bekannt wird, welche Teams gegeneinander antreten, hört man gelegentlich einen Stoßseufzer von den Kandidaten, die sich mit den hiesigen Wortfechtern duellieren sollen. Die Tübinger Redner haben sich den Ruf sehr respektabler Gegner erworben: Sie wurden Sieger bei regionalen und nationalen Wettkämpfen und behaupteten sich erfolgreich auf zwei Europameisterschaften. Gleich vier der sechs amtierenden deutschen Vizemeister im Debattieren studieren an der Eberhardina.

Seit gut 13 Jahren wird in Tübingen nun schon heftig debattiert. Keine deutsche Universität kann eine längere Tradition im Wortgefecht aufweisen. Im November 2001 schlossen sich die jungen Hobby-»Ciceros« zum Verein »Streitkultur e.V.« zusammen. Seitdem ist die Gruppe auf gut 50 Mitglieder angewachsen – darunter Erstsemester, Absolventen und Doktoranden. Viele studieren Rhetorik in Kombination mit anderen geisteswissenschaftlichen Fächern. In Tübingen ergreifen erfreulich viele Frauen das Wort, auch wenn sie noch in der Minderheit sind. Jährlich organisiert der Club eine große öffentliche Debatte in Tübingen, wobei man sich immer wieder etwas Neues einfallen lässt. Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgte zum Beispiel ein 2002 erreichter Weltrekord: Sechs Redner hatten sich über 34 Stunden und 39 Minuten ununterbrochen über die Frage gestritten: »Brauchen wir eine Bildungsreform?«

Verschiedene Regelwerke

Gleich nach der Vereinsgründung begann 2001 die Reihe der großen öffentlichen Wettkämpfe mit dem Eröffnungsturnier der Serie »DIE ZEIT-Debatten«, unterstützt von der gleichnamigen Wochenzeitung. Im August 2004 maßen sich die Tübinger unter der Schirmherrschaft von Herta Däubler-Gmelin mit Debattanten aus neun Ländern Europas auf dem »1. Internationalen Streitkultur Agon« (agôn (gr.) – der Wettstreit). Auch hier versuchten sie etwas Neues: Ein

deutschsprachiges Turnier mit europäischem Teilnehmerfeld, das von Sachvorträgen wie zum Beispiel zum Thema »Vereinte Nationen« begleitet wurde.

Worauf es beim Debattieren ankommt? Wer in der Debatte wann und wie lange sprechen darf, bestimmen die Regeln der verschiedenen Debattenformate. International wird nach gut einem Dutzend verschiedener Regelwerke gestritten, und allein zwei davon sind in Tübingen entstanden. Allen Formaten gemeinsam ist das Prinzip des geregelten Austausches von Pro und Contra zu einem festgelegten Thema. Im bundesweit verwendeten Tübinger Regelwerk »Offene Parlamentarische Debatte« (OPD) treten sich in zwei Fraktionen jeweils drei Redner gegenüber. Auf die siebenminütigen Plädoyers der Eröffnungs- und Ergänzungsredner beider Seiten folgen die Einlassungen von drei bis sechs »freien Rednern«, die zu Beginn noch nicht auf eine der beiden Seiten festgelegt sind und sich erst im Verlauf der Debatte ihre Meinung bilden sollen. Die Aussprache endet mit den Schlussrednern der beiden Fraktionen. Der Sieger der Debatte wird anhand der fünf Kriterien Sprachkraft, Auftritt, Kontaktfähigkeit, Sachverstand und Urteilskraft bestimmt, auch die Teamleistung geht in die Bewertung ein.

Bei allen Unternehmungen profitiert der Tübinger Club nicht zuletzt von der Nähe zum bundesweit einzigen »Seminar für Allgemeine Rhetorik«. So untersuchte beispielsweise eine Magisterarbeit am Seminar den Nutzen des Wortsports für das Leben, eine weitere erforscht die Geschichte des Debattierens in Deutschland. Schließlich hat die Rhetorik in Tübingen eine über 500-jährige Fachgeschichte und da scheint der genius loci einfach abzufärben.

Simon Wolf

Mehr zum Thema unter:
www.streitkultur.net
www.tuebingerdebatte.de
www.debattierclubs.de
www.vdch.de

Dialekt macht sexy – Einblicke in die Mundartforschung

Die Tübinger Arbeitsstelle »Sprache in Südwestdeutschland« hält seit 45 Jahren die Tradition der Mundartforschung an der Universität aufrecht. Nach der erfolgreichen Digitalisierung ihrer historischen Tonbandaufnahmen kann sie nun auch auf das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit in Sachen Dialekt reagieren.



Dialektforscher bei der Arbeit mit dem Aufnahmegerät: Arno Ruoff, Gründer der Tübinger Arbeitsstelle »Sprache in Südwestdeutschland«, interviewt eine Bäuerin.

Fotos: Grohe

»Wir können alles. Außer Hochdeutsch.« Hinter der Tür, die der Aufkleber mit dem bekannten Werbespruch zielt, liegen die Räumlichkeiten der Tübinger Arbeitsstelle »Sprache in Südwestdeutschland«, die zum Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft (LUI) gehört. Angesichts einer solch programmatischen Begrüßung ist es umso erstaunlicher, dass der Mann, der einen drinnen empfängt, nicht nur bestes Hochdeutsch spricht, sondern sogar des Schwäbischen nur begrenzt mächtig ist. Eckart Frahm leitet die Tübinger Arbeitsstelle (TA) seit 2001 und ist als Norddeutscher eher durch Zufall dort gelandet. Gegen Ende seiner Tätigkeit am Deutschen Institut für Fernstudienforschung entschied sich Frahm schnell für die TA. Mit der Option »frühpensionierter Hausmann« als einziger Alternative war für ihn klar: »Dann arbeite ich bis 75!« Mit seinem Mitstreiter Hermann Bausinger, Professor emeritus und langjähriger Leiter des LUI, steht ihm auch ein waschechter Schwabe zur Seite.

Bausinger, für den Dialektforschung schon immer ein Schwerpunkt war, hat die ganze Geschichte der TA miterlebt. Deren Anfänge liegen in den 1950ern, als der Dialekt als eine vom Aussterben bedrohte Sprachform gesehen wurde. Bei einem überregionalen Forschungsprojekt für das Deutsche Spracharchiv sollten daher alle deutschen Dialekte auf Tonband erfasst werden. Früher

waren Bestandsaufnahmen dieser Art nur in schriftlicher Form erfolgt. Zusammen mit seinem Kollegen Arno Ruoff sammelte Bausinger ab 1955 systematisch Sprachproben im südwestdeutschen Raum. »Man musste die Leute irgendwie zum Reden anstacheln«, erinnert er sich. Trotz großem Aufnahmewagen sollten die Befragten möglichst frei und natürlich aus ihrem Erfahrungsschatz erzählen. Mit Fragen wie »Wie waar's 'n då en Ihrem Oufwacksa mit de' Kender?« waren sie meist leicht zu gewinnen: »Wenn die mal zehn Minuten erzählt haben, haben sie vergessen, dass ein Mikro da ist«, so Bausinger. Im Zuge dieses Projekts gründet Ruoff 1959 die TA. 1973 wird die Stelle dem Ludwig-Uhland-Institut angegliedert, das bereits auf eine lange Tradition der Dialektforschung zurückblicken kann.

Der Bestand an Tonbändern umfasst mittlerweile über 2000 Aufnahmen aus 500 Orten bis hin nach Bayerisch-Schwaben, Vorarlberg und Liechtenstein. Unter der Leitung von Arno Ruoff wurden alle Sprachproben zuerst transkribiert und anschließend dialektologisch untersucht. Dabei ging es zunächst um eine grammatikalische Beschreibung der Alltagssprache. So lassen sich zum Beispiel verschiedene dialektale Abstufungen unterscheiden: Die Varianten des hochdeutschen Satzes »Ich musste dort hinüber zur Arbeit« reichen von » I hab da nüber müssa ins Geschäft« über »I han då nom missa zom schaffa« bis hin zu »I hao miassa sält na ge schaffa«. Interessant ist hier die soziolinguistische Frage, inwiefern Faktoren wie Sprechsituation, Thema, Alter und Geschlecht den Dialektgebrauch beeinflussen.

Die Ergebnisse dieser Forschungen sind teilweise in der TA-eigenen Reihe *Idiomata* im Niemeyer-Verlag erschienen, darunter etwa ein Häufigkeitswörterbuch der gesprochenen Sprache, wie es sonst nur für das Schriftdeutsche existiert. Aufschlussreich war auch, dass die Kategorie »Geschlecht« für eine weitaus größere Variation im Sprachgebrauch verantwortlich ist als andere Unterschiede. So konnten die Dialektologen der TA bestätigen, was viele Männer schon lange wissen: Frauen sprechen schneller und benutzen einfachere Sätze.

Nachdem zunächst diese im weitesten Sinne sprachwissenschaftlichen Untersuchungen Vorrang hatten, zeichnet sich nun eine Wende zur kulturwissenschaftlichen Perspektive ab. »Dieses Material ist ein Schatz«, betont Eckart Frahm. Die Tonbandaufnahmen sind mitunter eine wichtige Quelle für bestimmte historische Gegebenheiten und Lebensbereiche, die anderweitig nur unzureichend dokumentiert sind, wie zum Beispiel Arbeitsvorgänge in der Landwirtschaft um 1900, die Lebensumstände des weiblichen Gesindes und Lebensverhältnisse im Stadt-Land-Bezug. Auch von Erfahrungen in beiden Weltkriegen wird in den Aufnahmen vielfach berichtet.

Mit der Pensionierung von Arno Ruoff 1995 wurde dessen hauptamtliche Stelle leider ersatzlos gestrichen. Erst seit der Einsetzung von Eckart Frahm als kommissarischem Leiter der TA befasst sich wieder ganz offiziell ein Kulturwissenschaftler mit dem Material. Vom neuen Professor Bernhard Tschofen, der mit dem Schwerpunkt Regionale Ethnographie arbeitet, erhofft sich das LUI auch ein verstärktes Engagement in Sachen Mundartforschung.

Seit seinem Antritt war Eckart Frahm damit beschäftigt, die alten Aufnahmen zu digitalisieren, und konzipiert nun ihre zeitgemäße archivarische Erschließung. »In vielen wissenschaftlichen Einrichtungen wird heute zu leichtfertig mit empirischem Material umgegangen«, bedauert Frahm. Er ist froh, dass die Medienabteilung der Universität die dringend notwendige Digitalisierung der altersschwachen Tonbänder nun erfolgreich abgeschlossen hat. Die TA erhielt dabei finanzielle Unterstützung durch den Förderverein »Schwäbischer Dialekt«. Dieser 2001 in Tübingen gegründete Verein hat sich die Bewahrung der Mundart zur Aufgabe gemacht. Er sponserte nicht nur die Digitalisierung, sondern beschäftigt auch die dritte Mitarbeiterin der TA, Lioba Keller-Drescher. Sie befasst sich mit den Abschriften der Aufnahmen und versucht, diese zu ordnen und in systematische Übersichten zu bringen.

Das LUI möchte die TA zu einer öffentlichen Anlaufstelle in Dialektfragen machen, sowohl für Forscher als auch für interessierte Laien. Die Aufnahmen sind nun auf Audio-CDs verfügbar und dadurch auch einem breiten Publikum leicht zugänglich. Frahm arbeitet daran, sie thematisch zu erschließen, und erstellt ein Verzeichnis, das Archivierung und Umgang mit dem Material erleichtern soll. Auch über das Internet sind die Daten abrufbar: Auf den Seiten des Ludwig-Uhland-Instituts stehen die Aufnahmen per Mausclick so zur Verfügung, dass der Zugriff nach spezifischen Kriterien (Ort/Zeitpunkt/Thema der Aufnahme, Alter/ Geschlecht/Beruf des Sprechers) möglich ist. In einer Broschüre des LUI sind Geschichte und Arbeit der TA für die Öffentlichkeit dokumentiert. Auch feste Öffnungszeiten, die die Arbeitsstelle für 2005 anstrebt, sollen Interessenten den Einblick in das Tonmaterial und die Dialektforschung erleichtern.

Und Interessenten gibt es immer mehr. Frahm führt das auf die Aufwertung zurück, die der Dialekt in den letzten Jahren erfahren hat. Während diese Sprachform früher als Bildungsbarriere verpönt war, gibt es nun immer häufiger Anfragen von Schulen, die mit Mundarttheater und anderen Projekten das Schwäbische wieder salonfähig machen wollen. Auch bei den

Sommerkursen, die die Universität für ausländische Studierende anbietet, wird der Dialekt mittlerweile in den Unterricht integriert. Damit können Missverständnisse vermieden werden, wie etwa das eines Koreaners, der im Schwäbischen als Altenpfleger arbeitete: Der Mann wunderte sich, warum die alte Dame, die beim Füttern oft »Noi, noi!« rief, so abwehrend auf jeden »neuen« Löffel voll reagierte. Sogar die Zeitschrift Playboy machte 2003 die Mundart zum Thema, erzählt Frahm. Bei der Frage, welcher Dialekt sexy macht, erreichten die Schwaben Platz 4 – nach den Bayern, Berlinern und Rheinländern.

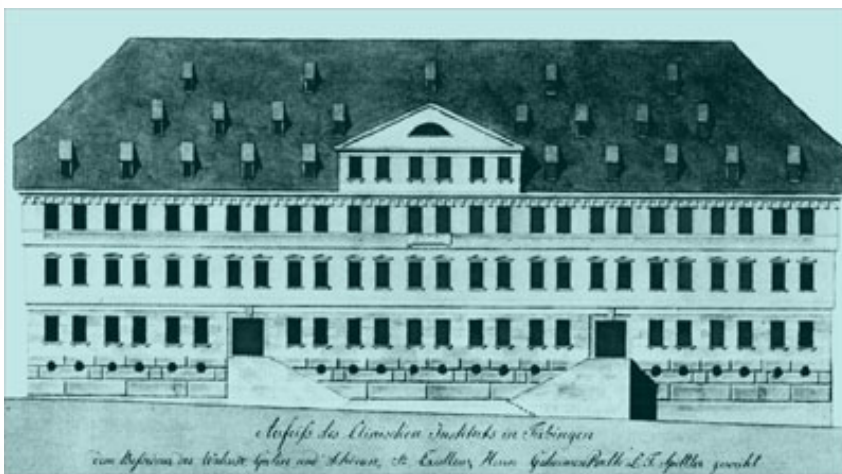
Ob das wohlklingende Arbeitsumfeld mit ein Grund ist, warum Frahm als Norddeutscher an der TA tätig ist, sei dahingestellt – weitere Forschungsfragen in Sachen Mundart haben sich mittlerweile jedenfalls auch ergeben. So wäre es beispielsweise interessant zu untersuchen, wie Zuwanderer mit dem Dialekt umgehen oder wie Schüler ihn im Unterricht und in der Pause verwenden. »Eine Erweiterung des Tonmaterials wäre natürlich sinnvoll«, meint Frahm, »doch dafür reichen die finanziellen und personalen Kapazitäten der TA nicht aus«. Es bleibt zu hoffen, dass mit zunehmendem Interesse der Öffentlichkeit die Dialektforschung auch dort honoriert wird, wo die entsprechenden Mittel zu ihrer Pflege vorhanden sind. Nur so wird die Tübinger Arbeitsstelle »Sprache in Südwestdeutschland« ihre Forschung weiterführen und diese Tradition an der Universität erhalten können. Dank Eckart Frahm könnte die TA dann wirklich fast alles. Sogar Hochdeutsch.

Tina Schäfer

Die Burse und ihre vielen Namen

Von Michael Wischnath

Von der Stadt Tübingen um 1480 erbaut, von der Universität bezahlt und in Besitz genommen: Die Burse in Tübingen beherbergte in ihrer langen Geschichte die verschiedensten universitären Einrichtungen. Dort begann auch vor genau 200 Jahren die Geschichte des Tübinger Universitätsklinikums.



Die Alte Burse 1805: »Aufriß des Clinischen Instituts in Tübingen«, Gouache vom Landbaumeister Atzel.

Die Keimzelle des modernen Tübinger Universitätsklinikums liegt in der ehemaligen Burse. Dort wurde am 13. Mai 1805 das »Klinische Institut« oder »Institutum Clinicum« eröffnet. Mit 15 Krankenbetten mag es kümmerlich scheinen: Gemessen an den Möglichkeiten Tübingens darf man die Konzeption des Gründers, Johann Heinrich Ferdinand Autenrieth (1772-1835), dennoch getrost als großzügig und zukunftsweisend bezeichnen. Das zeigt schon ein Vergleich mit den vorangegangenen Versuchen, das städtische Gutleuthaus und das alte Universitätslazarett für den ärztlichen Unterricht zu nutzen.

Der mächtige Bau der alten Burse, der bis heute die Tübinger Neckarfront zwischen Stiftskirche und Schloss dominiert, war für seinen neuen Bestimmungszweck gründlich umgestaltet worden. Damals erhielt er sein klassizistisch beeinflusstes Erscheinungsbild mit dem für den Gesamteindruck so entscheidenden Mittelgiebel.

Um 1480 erbaut, ist die Burse auch ein frühes Beispiel für die Kooperation von Universität und Stadt. Diese hatte spätestens 1478 auf einem eigenen Grundstück mit dem Bau begonnen und sich später die Kosten von der Universität erstatten lassen. Bereits 1480 gab es hier erstmals Lehrveranstaltungen der »Artistenfakultät«, an der – als Vorbereitung auf das eigentliche Fachstudium an den »oberen Fakultäten« (Theologie, Jurisprudenz, Medizin) – die artes liberales gelehrt wurden. Diese Fächer, zu denen zum Beispiel auch Rhetorik, Grammatik und Philosophie gehörten, waren damals ein wesentlicher Teil des »Grundstudiums«.

Doch war die Burse, die der Aufsicht der »Artistenfakultät« unterstand, mehr als nur Hörsaalgebäude. Man könnte sie als eine Art universitäres Internat bezeichnen: Die oft dem Knabenalter kaum entwachsenen Studienanfänger erhielten hier auch Unterkunft und Verpflegung, und das erklärt die respektablen Dimensionen des Gebäudes, das Ende des 16.

Jahrhunderts bis zu 130 Bewohner hatte. Solche Wohn- und Lehrgebäude wurden an den spätmittelalterlichen Fakultäten allgemein »Burse« genannt.

Der vollkommen spiegelbildlich angelegte Bau war ursprünglich vom Keller bis zum Dach zweigeteilt, so dass jede der beiden Richtungen der spätmittelalterlichen Philosophie ihre eigene Burse besaß. Unter einem Dach vereint und doch getrennt, wohnten und arbeiteten im Ostflügel die »Realisten« und im Westflügel die »Nominalisten« oder »Modernen«. Die beiden imposanten Freitreppen vor der Südfassade erinnern bis heute an diese Trennung.

Als Herzog Ulrich 1535 an der Universität die Reformation einführte, ordnete er die Zusammenlegung der beiden Bursen an. Jetzt wurde hier auch das »Pädagogium« untergebracht, an dem sich die Studenten die nötigen lateinischen Sprachkenntnisse aneignen konnten, ohne die ein Studium schlechterdings unmöglich war. Ferner kamen hier für einige Jahre die herzoglichen Stipendiaten unter, bis das »Stift« 1547 in das ehemalige Augustinerkloster umziehen konnte.

Wiederbelebung als Klinik

Ende des 18. Jahrhunderts waren die Glanzzeiten der Burse längst Vergangenheit und an Wiederbelebungsversuche nicht zu denken. Die längst überlebte Einrichtung, an der vor seiner Berufung nach Wittenberg auch Philipp Melanchthon (1497-1560) gelehrt hatte, wurde aufgehoben und das Gebäude der Medizinischen Fakultät überlassen. Der Umbau zum »Klinischen Institut« in den Jahren 1802 bis 1805 sollte die Voraussetzung für die dringend nötige Modernisierung der Mediziner Ausbildung in Tübingen schaffen.

Es war ganz natürlich, dass für das Bursengebäude, seiner neuen Bestimmung entsprechend, bald der Name »Clinicum« aufkam und für die Gasse »unter der Bursch« dementsprechend die Bezeichnung »Klinikumsstraße«. Jedenfalls sah sich der Tübinger Stadtrat im Jahr 1847 zu dem ausdrücklichen Beschluss veranlasst, dass es bei dem alten Namen »Bursagasse« bleiben sollte. Das Wort »Burse« prägte aber nicht nur Straßennamen. Es liegt auch dem im 19. Jahrhundert gebräuchlichen Wort »Burschen« für Studenten zugrunde.

Bereits ein Jahr zuvor, 1846, hatten Chirurgie und innere Medizin das neue »akademische Krankenhaus« hinter der »Neuen Aula« bezogen, so dass nur die »Geburtshülfliche Klinik« am alten Standort zurückblieb. Seither unterschied man in Tübingen »Clinicum« und »Krankenhaus«.

Beim Blättern in alten Personal- und Vorlesungsverzeichnissen fällt auf, dass der Sprachgebrauch keineswegs einheitlich war. In den Vorlesungsverzeichnissen wird das »Clinicum« zwischen 1855 und 1890 mit der prosaischen Bezeichnung »Gebärhaus« belegt, während die gedruckten Personalverzeichnisse als Anschrift der »Geburtshülflich-gynäkologischen Klinik« seit 1876 die »Bursagasse 12« und seit 1884 die »Klinikumsstraße 12«, später die »Clinicumsgasse 12« verzeichnen.

Ob nun »Bursagasse« oder »Clinicumsgasse« – beide Namen beziehen sich auf die alte Burse. Sie ist das einzige Gebäude, nach dem in Tübingen gleich zwei Straßen benannt sind. »Clinicumsgasse« wird das Gässchen, das von der Neckargasse unter der Alten Aula hindurch hangseitig hinter der Burse vorbeiführt, spätestens seit 1875 genannt, als in Tübingen die Gebäude – erstmals straßenweise – neue Hausnummern erhielten.

Als die »Geburtshülfliche Klinik« seit 1870 zur »Geburtshilflich-gynaekologischen Klinik« ausgebaut wurde, nahm die Zahl der Betten nach und nach bis auf 97 zu. Wie sehr das inzwischen vom Einsturz bedrohte Gebäude damit überlastet war, zeigt ein Vergleich mit der neuen Frauenklinik, die 1890 bezogen werden konnte: Trotz des erheblich größeren Bauvolumens besaß auch dieser dringend nötige Neubau nicht mehr als 110 Krankenbetten.

Damals hätte sich die Universität von dem inzwischen ziemlich ramponierten »Clinicum« am liebsten getrennt. Aber dazu kam es nicht. Als in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg zahlreiche geisteswissenschaftliche Fächer Seminarräume brauchten, wurde aus dem alten »Clinicum« nach einigen Reparaturen so etwas wie ein Verfügungsgebäude, in dem manche dieser Neugründungen für einige Jahre unterkamen.

Von den medizinischen Nutzern blieb zunächst noch die »Medizinische Poliklinik« und in Verbindung mit dieser die »Pharmakologische Sammlung« im »Clinicum« (bis 1908). Zu den erwähnten Neugründungen zählte das 1898 eingerichtete »Geographische Seminar« beziehungsweise Institut, das 1921 auf das Schloss umziehen konnte. Das »Kunsthistorische Institut« blieb von seiner Gründung 1895 bis 1902, ihm folgte 1902 das »Seminar für neuere Philologie«, aus dem 1906 das »Deutsche«, das »Romanische« und das »Englische Seminar« hervorgingen, die 1907 in die Alte Aula übersiedelten.

Bereits 1893 war die »Pharmakognostische Sammlung« im »Clinicum« untergekommen, bis sie 1924, inzwischen als »Institut für Angewandte Botanik« bezeichnet, mit dem »Botanischen Institut« an der Wilhelmstraße zusammengeführt wurde. Auch die »Technologische Sammlung« fand von 1893 bis 1904 hier Asyl, ehe sie kurz vor ihrer Auflösung (1906) noch in die Münzgasse umziehen musste.

Nach dem Umzug der »Medizinischen Poliklinik« in die »Medizinische Klinik« (1908) etablierte sich die Zahnmedizin, damals die jüngste selbstständige medizinische Disziplin, als neuer Hauptnutzer (1910) und verdrängte nach und nach fast alle anderen Bewohner. Übrig blieben das 1907 eingerichtete »Philosophische Seminar« und das 1911 als dessen Ableger gegründete »Pädagogische Seminar« (bis 1941). Beide Seminare hatten seit 1933 ihren Hauptsitz in der Münzgasse 24, von wo bis heute ein Übergang über die Clinicumsgasse direkt in das zweite Obergeschoss der Burse führt.

Als das »Zahnärztliche Institut« 1967 die Clinicumsgasse 12 verließ und als »Klinik und Poliklinik für Zahn-, Mund und Kieferkrankheiten« seinen Neubau in der Osianderstraße bezog, hatte der Volksmund aus dem »Clinicum« längst die »Zahnklinik« gemacht. Auch das ist inzwischen Vergangenheit. Das alte Haus war endgültig zum Sanierungsfall geworden und musste in den Jahren 1968 bis 1972 von Grund auf erneuert werden.

Während das Äußere dabei unverändert blieb, finden sich im Innern nur noch wenige Reminiszenzen an die alte Zeit, zum Beispiel die drei gotischen Stützen in der Eingangshalle, auf deren geschnitzten Kapitellen – wie sollte es anders sein – auch die Palme des Grafen Eberhard und sein Wahlspruch »attempto!« zu sehen sind.

Nach der Sanierung bezogen die Kunsthistoriker den ehrwürdigen Bau, und auch das »Philosophische Seminar« kehrte wieder in die heutige »Bursagasse 1« zurück. Mit dem Wiedereinzug der Philosophie trägt die Burse mit vollem Recht wieder ihren alten Namen.

- Startseite
- Editorial
- Tophthema
- Bildthema
- Forschung
- Studium & Lehre
- Unikultur
- Portrait
- Unigeschichte
- Unibund

»Die Burse« – eine neue Gründungslegende

[weiter](#)

Neu im Unibund

[weiter](#)

Termine für Mitglieder des Universitätsbundes

[weiter](#)

Ehrung langjähriger Mitglieder

[weiter](#)

Neuer Flyer

[weiter](#)

»Die Burse« – eine neue Gründungslegende

Wahre Begebenheiten: Eberhard im Bart war Herzog von Württemberg, er machte eine Pilgerfahrt nach Jerusalem, er hatte eine einzige Tochter, die im Säuglingsalter verstarb. Die Burse ist das Domizil der Philosophischen Fakultät und das älteste Gebäude der Universität. Zunächst diente es als Internat für Studienanfänger (Scholaren). Bursa heißt ursprünglich Beutel.

Es lebte einmal ein Schneidermeister, der hatte alles im Leben, um glücklich zu sein. Ein braves Weib, drei fleißige Söhne und ein steinernes Haus inmitten der Stadt. Und doch war das Schneiderlein mit seinem Dasein unzufrieden. Es grollte Gott, dass er ihm Nadel und Zwirn anstatt Münzen und Gold gegeben hatte. Eines Tages ging der Schneider in den Wald, um eine alte schwarze Weide für den Winter zu schlagen. Das Holz wollte er teuer verkaufen. Der Blitz war in den Baum gefahren und hatte eine Kerbe in den mächtigen Stamm geschlagen. Als der Schneidermeister in den dicken Stamm hieb, quoll schwarzes Blut daraus.

»Wer wagt es?« drang es dumpf aus dem Stamm. Und ehe sich das Schneiderlein versah, sprang der leibhaftige Teufel aus der Kerbe im Baum hervor. Der Schneidermeister erschrak: Er hatte den Hinterhuf des Höllenkerls abgeschlagen!

»Wer wagt es, mir ein Leid zu tun?« schrie der Teufel. Der Schneidermeister bat vielmals um Verzeihung, doch der Teufel lachte ihn nur aus und verfluchte die menschliche Kreatur.

»Wenn du deine Seele retten willst«, sagte der Teufel listig, »musst du mir das Kind des Herzogs bringen. Sonst bist du nimmermehr deiner Seele Herr!«

Das Schneiderlein erschrak. Es wollte tun, wie ihm geheißen, und dachte sich eine List aus, mit der er das herzogliche Kind rauben konnte.

Tag und Nacht stickte und nähte der Schneider nun in seiner Stube, bis er ein solch feines Gewand gefertigt hatte, das einem Herzog wie Eberhard im Bart würdig war. Er legte es in einen Beutel, den man in jenen Tagen *bursa* nannte, und machte sich auf den Weg zum Hof.

»Was trägst du in dem Beutel?« fragten die Wachen.

»Ein Geschenk für den Herzog« antwortete der Schneider und wies den Männern einen Zipfel des kostbaren Gewandes.

Auch der Herzog bewunderte das Gewand, das der Schneider aus dem Beutel zog. Er glaubte, der Mann wollte Hofschneider werden, und hätte ihm aus diesem Grund das kostbare Geschenk gemacht.

»Auch für Eure liebe Frau Gemahlin und Euer schönes Töchterchen will ich feine Gewänder nähen«, sagte der Schneidermeister, »lasst mich meine Fähigkeiten unter Beweis stellen und Maß nehmen. In wenigen Tagen schon will ich zur Anprobe wiederkehren.«

Eberhard im Bart freute sich sehr über den fleißigen Schneidermeister. Als bald durfte dieser an der Herzogin Maß nehmen. Er bewunderte ihre Schönheit und fand manch anderes schmeichlerische Wort. Rasch vertraute die Herzogin dem Schneidermeister und ließ ihn ungestört an ihrem Kind Maß nehmen. Als er der Herzogin zum Abschied die Hand küsste, versprach er ihr, in wenigen Tagen zur Anprobe zurückzukehren.

Doch natürlich hatte der Schneidermeister gelogen. Im Beutel lag das kleine Töchterchen des Herzogs, das er aus dem Palast geraubt hatte. Zu spät erst bemerkte die Amme das Verschwinden des Kindes. Eberhard im Bart schickte die Wachen aus, den Schneidermeister zu suchen. Schreckensbleich fanden sie ihn im Wald unter einer alten schwarzen Weide. Und im Gras

lag das tote Kind, dem ein Füßchen abgehackt worden war.

»Der Teufel hat's mit sich genommen!« flüsterte der Schneidermeister immerzu, »der Teufel hat's mit sich genommen!«

Eberhard im Bart war außer sich vor Trauer und Wut. Er befahl, den Schneidermeister zu hängen. Am Morgen kurz vor der Hinrichtung trat der Herzog zu dem Kindsmörder.

»Warum hast du mir mein Kind genommen?« fragte er den Mann.

»Der Teufel hat's mit sich genommen!« flüsterte der Schneidermeister immerzu, »und wer wagt's, dem Teufel zu widerstehen?«

»Attempto!« brüllte Eberhard im Bart, »ich wag's!« Da schwieg der Schneidermeister. Und in der Stunde, da er gehängt wurde, floss schwarzes Blut aus dem Gebälk, und das Volk ängstigte sich.

Eberhard im Bart trauerte sehr um sein totes Kind. Um sich nicht in seinem ungeheuerlichen Schmerz mit Gott zu entzweien, zog Eberhard im Bart ins Heilige Land zur Pilgerfahrt aus. Er bewahrte den Beutel, in dem sein Töchterchen gelegen hatte, wie eine Reliquie an seinem Herzen auf. Viele Jahre blieb der Herzog im Land des Herrn, um die Seele seines Kindes, das so schändlich gemordet worden war, aus dem Fegefeuer zu erretten. Den Beutel füllte er jeden Tag mit einem Krümel Heiliger Erde. Wie sich der Beutel füllte, so füllte sich auch Eberhards Herz wieder mit Liebe zu seinem Gott. Und er beschloss, in sein württembergisches Land zurückzukehren. Über dem wollte er fortan weise im christlichen Geist herrschen. Als Zeichen dessen nahm er einen Palmenzweig aus dem Land des Herrn mit.

Nach seiner Rückkehr beschloss Eberhard, dass er nun genug um sein totes Kind getrauert habe. Er ging zur schicksalhaften schwarzen Weide im Wald und schlug mit seinem Schwert ein tiefes Loch in das Gras, in dem er den Beutel vergraben wollte. Dabei verletzte er wohl eine Baumwurzel. Schwarzes Blut floss daraus, und Eberhard hörte eine Stimme, die schrie: »Wer wagt es?« Und ehe sich der Herzog versah, sprang der leibhaftige Teufel aus der Kerbe im Baum hervor. Der Herzog erschrak: Er hatte den Hinterhuf des Höllenkerls abgeschlagen!

»Wer wagt es, mir ein Leid zu tun?« schrie der Teufel.

»Attempto!« brüllte Eberhard im Bart, »Ich wag's! Du hast mein Kind genommen! Du bist der wahrhaftige Kindsmörder!«

Der Teufel lachte nur. »Wenn du seine Seele retten willst«, sagte er listig, »musst du mir ein Opfer bringen. Sonst wird dein Kind für alle Zeiten in der Hölle bleiben!«

Zum Schein willigte Eberhard im Bart ein. Doch er ersann eine List, wie er sich am Teufel rächen konnte.

»In diesem Beutel trage ich die Füße derer mit mir, die ich im Heiligen Land mit meinem Schwerte niederschlug«, sagte Eberhard im Bart, »Damit ist meines Kindchens Seel' tausendfach gerettet!« Und er reichte dem Teufel den schweren Beutel. Der lachte gierig, riss den Beutel an sich und nahm in mit sich in die Hölle. Eberhard im Bart wartete. Und tatsächlich: Mit einem Mal erhob sich ein entsetzliches Geschrei aus dem Bauminnern. Die Kerbe öffnete sich, und im hohen Bogen wurde der Beutel mit der Heiligen Erde aus dem Baum geschleudert. Dann fuhr Feuer in das trockene Holz und der Baum brannte lichterloh zu einem Häufchen schwarzer Asche nieder. So hatte Eberhard im Bart den Teufel aus dem württembergischen Land vertrieben. An der Stelle, da der Beutel in kilometerweiter Entfernung in dem kleinen Weinbauerndorf Tübingen am Neckar gelandet war, vergrub Eberhard im Bart den Beutel. Über ihm ließ er ein Gebäude errichten, das fortan »Die Burse« hieß. Zum Schutz gegen die Unwissenheit, mit deren Hilfe der Teufel nach den Menschenseelen trachtet, errichtete Eberhard im Bart hier ein Internat für junge Scholaren. Im Geiste der Christlichkeit wurden die Knaben erzogen und gegen die tückischen Angriffe des Teufels gewappnet. Immerdar sollte der Palmenzweig und Eberhards Wahlspruch »Attempto! Ich wag's!« im Wappen die jungen Scholaren und alle Menschen daran erinnern, wie gefährdet die menschliche Kreatur durch die Versuchungen des Teufels ist.

Auch Märchen, Mythen und Sagen können Identitäten begründen. Passende Geschichten zur Tübinger Universität zu erfinden war Abschlussaufgabe im Seminar Schreibtraining bei Dr. Friederike Herrmann (Aufbaustudiengang Medienwissenschaft-Medienpraxis), dem dieser Text entstammt.

Neu im Unibund

Prof. Matthias Bauer, Tübingen
Inge Böhm, Tübingen
Stephan Busse, Dettenhausen
Günther Heim, Winterlingen
Vera Hohaus, Tübingen
Arne-Christoph Hutter, Tübingen
Wolf-Dieter Klink, Tübingen
Pascal Maucher, Aulendorf
Armin Mayer, Bad Urach
Ann-Kristin Montino, Kusterdingen
Dr. Gerhard Raff, Stuttgart
Edward Schramm, Tübingen
Eberhard Staiger, Tübingen
Klaus Stapf, Tübingen
Daniel Zeile, Kirchentellinsfurt

10. Mai, 13.15 Uhr, Vor der Neuen Aula: Streifzug durch den alten Universitätscampus mit Dr. Johannes Michael Wischnath vom Universitätsarchiv

10. Mai, 15 Uhr, Großer Senat, Neue Aula: Mitgliederversammlung

10. Mai, 17.15 Uhr, Festsaal, Neue Aula: Verleihung des Dr. Leopold-Lucas-Preises mit anschließendem Empfang

4. Juni, 15 Uhr, Botanischer Garten: Führung durch die Schmetterlingsausstellung (Tagfalter) mit Dr. Matthias Hendrichs

1. Juli, 16 Uhr, Bebenhausen: Historischer Rundgang im Kloster Bebenhausen mit Prorektorin Prof. Barbara Scholkmann

9. Juli, 20.30 Uhr, Botanischer Garten: Führung durch die Schmetterlingsausstellung (Nachtfalter) durch Dr. Matthias Hendrichs

10. Juli, 20 Uhr, Stiftskirche: Akademischer Chor und Orchester führen das »War Requiem« von Benjamin Britten auf (s. auch Unikultur)

19. Oktober, 17.15 Uhr, Festsaal, Neue Aula: Dies Universitatis 2005

Ehrung langjähriger Mitglieder

Der Universitätsbund wird mit der Universitätsleitung im Rahmen einer Sonderveranstaltung rund 150 Mitglieder mit einer Medaille und Urkunde auszeichnen, die in diesem Jahr ihr 25-jähriges oder 40-jähriges Mitgliedschaftsjubiläum feiern. Die Veranstaltung wird am Freitag, dem 24. Juni, 18 Uhr in den Fürstenzimmern auf Schloss Hohentübingen stattfinden.

Universitätsrektor Eberhard Schaich wird einen Vortrag zum Thema »Zwischen Innovation und Tradition« halten. Die anschließende Ehrung der langjährigen Mitglieder wird Carl Herzog von Württemberg vornehmen und den Mitgliedern für ihre freundschaftliche Verbundenheit und ihre stete Unterstützung Dank sagen.

Neuer Flyer

In der Geschäftsstelle des Universitätsbundes sind neue Flyer erhältlich: »Werden Sie Mitglied!« mit Aufnahmeformular und Satzung der Vereinigung der Freunde der Universität Tübingen e.V. (Universitätsbund).

Internetausgabe

Gestaltung der Internetausgabe: Barbara Kalb und Uwe Stephan.
Alle weiteren Angaben siehe unter Druckausgabe.

Druckausgabe

attempto! ist die Zeitschrift der Eberhard Karls Universität Tübingen und der Vereinigung der Freunde der Universität Tübingen e. V. (Universitätsbund). Sie wird herausgegeben vom Rektor der Universität und erscheint zweimal jährlich zu Semesterbeginn.

ISSN: 1436-6096.

Redaktion: Michael Seifert (MS, verantwortlich), Janna Eberhardt (JE), Gabriele Förder (FÖR), Maximilian von Platen (MvP), unter Mitarbeit von Andrea Eisenmann (AE, Praktikantin), Tina Schäfer (TS, Praktikantin) und Alexandra Kappler (AK, Praktikantin).

Adresse

Wilhelmstr. 5

72074 Tübingen,
Tel.: (0 70 71) 29-7 67 89
Fax: (0 70 71) 29-55 66
e-mail: Michael.Seifert [at] uni-tuebingen.de

Redaktionsbeirat:

Prof. Dr. Jürg Häusermann, Frido Hohberger, Prof. Dr. Herbert Klaeren, Prof. Dr. Joachim Knappe, Dietmar Koch, Sigi Lehmann.

Layout: Barbara Kalb.

Titelbild und Bildthema; Beratung: Silke Nalbach, Stuttgart.

Druck: TC-DRUCK Tübinger Chronik.

Anzeigen: Werbeagentur Günther J. Straub, BDW, Dresdenerstr. 16,
71229 Leonberg-Warmbronn. Tel.: (0 71 52) 48930

Auflage: 11 000 Exemplare.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.
Textabdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Bankverbindungen des Universitätsbundes: KSK Tübingen
Nr. 110 608, Deutsche Bank AG Tübingen Nr. 1 208 080 000, Volksbank
Tübingen Nr. 15 818 004.
Titelfoto: David Haas

Wir danken Gesche Picolin, die uns freundlicherweise als "studentisches Model" zur Verfügung stand.
